

**Arbeitsbeschaffungs-
Programm der SAP.**
1. u. 2. Seite der Beilage



TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Kampflosungen der SAP

In ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm

Der Weg aus der Krise kann, wenn er dem Proletariat, den Kleinbauern und Mittelschichten helfen soll nicht mit reformistisch-kapitalistischen Methoden, sondern nur durch den Kampf mit allen Konsequenzen gegen das ganze kapitalistische System erzwungen werden. Den Weg zur zielbewußten und planmäßigen Führung dieses Kampfes in geschlossener Einheitsfront aller Ausgebeuteten zeigt das an anderer Stelle des Blattes veröffentlichte Arbeitsbeschaffungsprogramm der SAP. Seine zusammenfassenden Kampflosungen sind:

Kampf gegen die Monopole des Großkapitals — Gegen den Agrarprotektionismus — Gegen die Zölle — Gegen die Ausgaben für

den Unterdrückungs- und Machtapparat

Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit mit vollem Lohnausgleich — Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau — Kampf gegen Sozialabbau — Fortführung stillgelegter Betriebe — Wirtschaftliche Verbindung mit Sowjetrußland.

Zur Finanzierung dieses Programms kämpft die SAP für folgende Forderungen:

a) Einstellung und Rückzahlung der Subventionen,
b) Entreibung rückständiger Steuerschulden auf den Besitz,

c) Abbau der Kosten für den Herrschaftsapparat vor allem des Wehretats, gestandener Zölle usw.

d) Generelle Einstellung aller Zahlungen an die abgesetzten Fürstenthümer, Kirchen, reaktionäre Gesellschaften, und für den offiziellen Propaganda-Apparat (Rundfunk, Film, Presse usw.).

e) Einschneidende Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen auf die Höhe der Löhne für qualifizierte Arbeiter.

f) Erhebung eines Notopfers auf den Besitz.

g) Erhöhung der Steuern auf arbeitsloses Einkommen aus Besitz, sowie der Erbschaftsteuer, Konfiskation bei Kapital- und Steuerflucht.

h) Auflegung einer Zwangsanleihe.

Vaterland oder Klasse?

„Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“

(Kommunist. Manifest)

In den letzten Tagen sind zwei Dinge bekanntgeworden, die in besonderem Maße geeignet erscheinen, die Politik der Sozialdemokratischen Partei zu beleuchten. Es lohnt daher, noch einmal mit einigen Worten darauf zurückzukommen.

Vor dem Staatsgerichtshof sind in der Verhandlung über die Klage Preußens gegen das Reich eine ganze Reihe interessanter Fragen aufgeworfen worden, aber die für die Arbeiterklasse interessanteste war sicher, wie sich Severing vor dem 20. Juli zu Gayl über die Einsetzung eines Reichskommissars geäußert hat.

Die Sache ist nicht ganz geklärt worden, aber auch das, was Severing selbst zugegeben hat, genügt, um sein Verhalten zu kennzeichnen. Er gibt zu, dem Reichsinnenminister v. Gayl eine Personalunion zwischen dem Reich und Preußen und die Zusammenfassung von Reichswehr und preußischer Polizei vorgeschlagen zu haben. Diese Konzentration der staatlichen Machtmittel unter Führung der Reichswehr sollte, nach Severings Erklärung, zur Unterdrückung von Unruhen dienen, die er für die nächste Zeit erwartete.

Man muß sich einmal ganz genau vorstellen, was dieser Vorschlag Severings bedeutet. Freiwillig waren also die preußischen Minister bereit, jene Machtpositionen, für deren Erhaltung die Arbeiterschaft Opfer um Opfer gebracht hatte und von denen die wichtigste angeblich die preußische Polizei war, aus der Hand zu geben und sie dem Klassengegner zu überlassen. Wozu? Zur Unterdrückung von Unruhen! Und da das Kommando bei diesen polizeilichen und militärischen Aktionen die Reichswehrgeneräle haben sollten, ist wohl kein Zweifel möglich, gegen wen diese Maßnahmen gerichtet sein sollten! Das war Severings Plan, das schlug er von sich aus dem Herrn v. Gayl vor! Als Gegenleistung erwartete er vermutlich eine Heranziehung prominenter Sozialdemokraten zur Präsidentsregierung.

Man kann sagen, daß Severing wie ein Verräter an der Arbeiterklasse gehandelt hat, und objektiv, d. h. dem Ergebnis nach, ist das bestimmt richtig. Aber wenn man verstehen will, was Severing und die ihm gleich gesinnten sozialdemokratischen Führer sich bei einer solchen Politik denken, so muß man etwas gründlicher vorgehen. Severing und seinesgleichen haben längst verlernt, die Klassengegensätze als die entscheidenden Faktoren des politischen Geschehens zu sehen. Für Severing war in dieser Unterredung der Freiherr v. Gayl nicht der Vertreter der gegnerischen Klasse, nicht der Exponent des ostelbischen Junkertums,

Bettelpfennige für Sozialrentner

Die „Winterhilfe“ der Regierung — Die Mehrzahl der Arbeitslosen bekommt nichts

Die seit Wochen mit großem Geschrei in den Regierungsblättern angekündigte „Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen“ ist am 19. Oktober herausgekommen. Die Verordnung, die nicht vom Reichspräsidenten, sondern von der Regierung auf Grund der Notverordnung vom 4. September erlassen wird, ist — wie nicht anders zu erwarten war — für die vielen Millionen Hungernde mehr eine Verhöhnung und Enttäuschung als eine „Winterhilfe“. Die erdrückende Mehrzahl der Arbeitslosen, Kriegs- und Sozialrentner bekommt nämlich von dieser „Winterhilfe“ gar nichts.

Die neue Verordnung sieht vor:

1. „Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung für Arbeitslose, die in der Zeit vom 31. Oktober 1932 bis zum 1. April 1933 versicherungsmäßige Unterstützung oder Krisenunterstützung nach den Lohnklassen I bis VI mit mindestens einem Familienzuschlag beziehen. Die Zulage beträgt, und zwar ohne Unterscheidung nach Lohn- und Ortsklassen, für je 6 Unterstützungstage bei Arbeitslosen mit einem oder zwei zuschlagsberechtigten Angehörigen 2 Reichsmark; sie erhöht sich bei drei oder vier Angehörigen auf 3 Reichsmark und bei mehr als vier Angehörigen auf 4 Reichsmark. Arbeitslosen, die einer höheren Lohnklasse als VI angehören, erhalten die Zulage, wenn ihr bisheriger Unterstützungssatz den Satz der Klasse VI einschließlich der Zulage nicht erreicht; als Zulage wird in diesem Falle der Unterschiedsbetrag gewährt. Die Zulage bei der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit für die versicherungsmäßige Unterstützung und Krisenunterstützung bleibt außer Betracht.“

Die Wohlfahrtsverbände, die von jeglicher Unterstützung ausgeschlossenen Jugendlichen, die ledigen Alu- und Krisenunterstützten und die höheren Klassen der Alu- und Kru-Empfänger bekommen keinen Pfennig Zulage. Sie machen aber zusammen mindestens vier Fünftel der Arbeitslosenarmee aus.

2. Die Verordnung bringt weiter insofern eine kleine Verbesserung, als die Ortsklasseneinteilung für die Alu- und Kru-Bezieher der Mittelstädte und kleinen Gemeinden geändert wird. Alle Orte mit 50.000 und mehr Einwohnern gelten nunmehr als Klasse A, alle übrigen Orte, auch die kleinsten, gelten als Klasse B mit den Unterstützungssätzen wie sie bisher für Orte mit 10- bis 50.000 Einwohnern galten. Das ist

für einen kleinen Teil der Arbeitslosen eine geringe Verbesserung.

3. In der Krankenversicherung werden in Abänderung der Brüningverordnung vom 8. Dezember 1931 durch die jetzige Verordnung gnädigst wieder einige „Mehroleistungen“ in bezug auf Krankenhauskosten für Familienangehörige und Hausgeld bei Krankengeschrieben gestaffelt, jedoch ohne Erhöhung der Beiträge. Die brutale 50-Pfennigsteuer für den Krankenschein bleibt.

4. Die „Erleichterung“ in der Unfallunterstützung besteht darin, daß die rücksichtslosen Kürzungen der Notverordnung vom 14. Juni d. J. restlos bleiben, nur sollen sie für die Unfälle nach dem 31. Dezember 1932 in Wegfall kommen.

5. Für Kriegsrentner bleiben in Zukunft, soweit sie anderweitige Sozialunterstützungen beziehen, durchweg (also nicht nur für die vor dem 1. Januar 1932 festgestellten Renten) 25 Mark als nicht anzurechnende Freigrenze.

6. Für die Millionen von Invalidenrentnern gibt es überhaupt keine Erleichterung.

Das also ist die groß angekündigte Winterhilfe für 95 Prozent aller Sozialunterstützungsempfänger bzw. ihrer Unterstützung

gänzlich Beraubten, also gerade für die Ärmsten der Armen, bringt sie gar nichts.

Der Gesamtbetrag der jetzigen Zulagen soll in der Alu und Kru 11 Millionen Mark pro Monat, für die 5 Monate also 55 Millionen Mark, für alle übrigen „Erleichterungen“ zusammen ganze 15 Millionen Mark betragen. Dabei ist wichtig, daß davon die Reichskasse keinen Pfennig zu leisten hat. Der rabiate Abbau der Alu und Kru durch die Papen-Verordnung im Juni d. J. war derart, daß seitdem die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung infolge riesiger Beiträge und lächerlich geringer Unterstützung gewaltige Überschüsse macht. Davon, also ohne Reichszuschuß, werden jetzt einige Pfennige abgegeben. Die „Mehroleistungen“ bei den Krankenkassen und Unfallversicherungen gehen auch nur auf deren eigene Kosten.

Man sieht, das Junkerkabinett hat immer nur Hunderte von Millionen Mark für die Großagrarien, Banken und Großkapitalisten, aber für die Proletarier niemals, auch dann, wenn sie „Erleichterungen“ gewährt, auch nur einen Pfennig übrig.

Diese Verordnung muß daher den Kampf millionenfach verstärken:

Weg mit Papen, Schluß mit der Junker- und Großkapitalistendiktatur!

Neue Arbeitslosenkämpfe in London und Dublin

London, 19. Oktober.

WTB. Im Laufe des Abends kam es zu neuen Zusammenstößen zwischen Polizisten und Manifestanten. Einige Personen, darunter zwei Polizisten, wurden leicht verletzt. Insgesamt befanden sich um Mitternacht 32 Personen in Haft. Die Ruhe war um 10 Uhr 30 abends wieder hergestellt.

Dublin, 19. Oktober.

WTB. Die Arbeitslosen bekundeten heute vormittag ihre Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Unterstützungssystem durch einen „Hungermarsch“ in den Straßen Dublins. Man nimmt an, daß die Regierung bereit sein wird, entsprechend dem Wunsch der Arbeiterpartei die den Arbeitslosen jetzt gewährten Lebensmittelanweisungen in Geldbeträge umzuwandeln. Die Frage hat große Bedeutung für das Kabinett de Valera, da die

7 Abgeordneten der Arbeiterpartei im Parlament eine Schlüsselstellung innehaben.

Sächsischer Landtag gegen Verfassungsänderung

Dresden, 19. Oktober.

WTB. Der sächsische Landtag hat heute im Zusammenhang mit einer sozialdemokratischen Anfrage über die Stellungnahme der sächsischen Regierung zur Frage der Reichsreform beschlossen, die sächsische Regierung zu beauftragen, gegen verfassungswidrige Pläne der Reichsregierung schärfsten Protest einzulegen und im Reichsrat gegen alle verfassungsändernden Gesetzesentwürfe zu stimmen. Für den Antrag stimmten außer den Sozialdemokraten die Kommunisten, die Nationalsozialisten und die Demokraten. Der Beschluß erfolgte gegen ausdrückliche Vorstellungen der sächsischen Regierung.

sondern Innenminister Severing sprach mit dem Kollegen Innenminister Cuyt, und ihr Gespräch drehte sich um die Frage, wie man am besten für Ruhe und Ordnung im Staate sorgen könne. Meinungsverschiedenheiten gab es dabei um soziales, technische Natur, nämlich über den praktischsten Weg zur Aufrechterhaltung der Ordnung; von Meinungsverschiedenheiten über den Sinn des politischen Kampfes überhaupt, über die Problematik von Ruhe und Ordnung in einem Klassenstaat war nicht die Rede. Innenminister unterhalten sich nicht über Probleme, sondern über Verwaltungsaufgaben. Der herrschenden Klasse schadet das nichts, weil ja ihre Verwaltung ohne weiteres der Aufrechterhaltung ihrer Ordnung und Sicherheit dient für die bis jetzt unterdrückte, um die Macht kämpfende Klasse sind solche Führer das größte Verderben.

Staatsmann Severing, der noch heute angebotene Abgott der staatsbehaltenden Sozialdemokratie, sorgte sich nur um den Staat, nicht um das Schicksal seiner Klasse, Führer und seine Gesinnungsgenossen ist der Staat, und mag er ein krasserer Klassenstaat sein als je die Monarchie, der höchste aller Werte, sein Heil der Maßstab alles politischen Handelns.

Das wird durch das zweite Beispiel erhärtet, an das wir kurz erinnern wollen. Die „Rheinische Zeitung“, eines der führenden SPD-Organen unter der Leitung von Wilhelm Sollmann, brachte dieser Tage die Mitteilung, daß die Redaktion in den Besitz eines Kronprinzen-Briefes gekommen sei, durch den die Pläne der Hohenzollern enthüllt würden. Aber man könne den Brief leider nicht veröffentlichen, schrieb das wackere Blatt, weil das den nationalen Interessen der deutschen Außenpolitik schädlich sein könne. Als rechtsstehende Zeitungen bezweifelten, daß dieser Kronprinzen-Brief überhaupt existiere, erwiderte das sozialdemokratische Blatt unter Zustimmung der gesamten übrigen sozialdemokratischen Presse, es werde sich durch nichts provozieren lassen, diesen der deutschen Außenpolitik schädlichen Brief zu veröffentlichen.

Wieder muß man sich überlegen, wohin eine solche Einstellung mit Notwendigkeit führt. Nehmen wir einmal den Fall, führende Sozialdemokraten kämen in den Besitz von Dokumenten, durch die klar bewiesen wäre, daß die deutsche Regierung oder andere maßgebende Kreise der deutschen herrschenden Klasse einen Krieg gegen Polen oder gegen die Sowjet-Union oder gegen irgendein anderes Land vorbereiten. Würde die Sozialdemokratie diese Dokumente veröffentlichen, würde sie die Arbeitermassen zum Kampf gegen diese verbrecherischen, das Leben von Millionen gefährdenden Pläne aufrufen? Sie würde es nicht tun! Sie würde sich sagen, daß durch eine solche Veröffentlichung die deutsche Außenpolitik kompromittiert werde und würde daher die im Interesse der Arbeiterklasse unbedingt notwendige politische Aktion unterlassen.

Als vor annähernd 70 Jahren die erste Internationale, die Internationale Arbeiter-Association, gegründet wurde, da legten Marx und Engels in ihrer Inauguraladresse (Eröffnungsadresse) die Grundzüge proletarischer Außenpolitik dar. Sie bezeichneten es als die wichtigste Aufgabe revolutionärer Sozialisten in kapitalistischen Staaten, öffentlich die Außenpolitik ihres Staates, ihrer herrschenden Klasse anzuprangern, in ihrer ganzen Unmoral darzustellen und Massenenergien zum Widerstand gegen diese kapitalistisch-imperialistische Außenpolitik zu wecken.

Von all dem weiß die deutsche Sozialdemokratie, wissen die meisten Parteien der II Internationale heute nichts mehr. Sie stehen auf dem Boden ihres Staates, ihres Vaterlandes, und der „Landesverrat“ ist auch in ihren Augen das schimpflichste Verbrechen geworden. Wir aber sind uns bewußt, daß die Arbeiter eines kapitalistischen Klassenstaates kein Vaterland besitzen und keines zu verteidigen haben und daher auch kein Vaterland und keinen Staat verraten können. Für uns als revolutionäre Sozialisten gilt nur eins als Verbrechen, allerdings als das denkbar schlimmste: Verrat an der Klasse. Um diesen Verrat an der Klasse zu vermeiden, um in allen Situationen und auf jede Konsequenz hin die Interessen der Klasse, des Proletariats, zu vertreten, wird es, solange es noch kapitalistische Staaten gibt, immer wieder höchste proletarische Pflicht sein, die Interessen der nationalen Außenpolitik preiszugeben und das sogenannte Vaterland zu verraten!

Auch Reichswehrgelder für Pressebeeinflussung?

Papen hat keine Bedenken gegen Pressesubventionen

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtages vernahm gestern den Reichskanzler v. Papen als Zeugen, und zwar in seiner Eigenschaft als Großaktionär der „Germania“. Papen erklärte, er habe sich um einen konservativen Kurs im Zentrum bemüht und darum auf die „Germania“ Einfluß zu gewinnen versucht. Gegen diese Entwicklung seien wohl die Bestrebungen von Hirtfelder und anderen Zentrumslenten gerichtet gewesen. Von der Verwendung staatlicher Gelder zum Ankauf von „Germania“-Aktien habe er damals nichts gewußt.

Ein kommunistischer Abgeordneter fragt, ob die Beteiligung des Staates an Zeitungen üblich und unter seiner Regierung praktisch durchgeführt worden sei. Als Beispiel führte er die Gerichte an, wozu nach dem Reichswehrministerium einen bestimmten Einfluß auf die „Tägliche Rundschau“ und die „Berliner Börsen-Zeitung“ genommen hatte. Papen antwortete: „Ich hatte keinerlei Ver-

anlassung, diesen Gerichten nachzugehen, doch ich meiner Minister sicher bin. Außer den im Reichsetat speziell für diesen Zweck aufgeführten Mitteln sind keinerlei Gelder des Reiches zur Pressebeeinflussung aufgewendet worden. Was die Unterstützung oder Beteiligung des Reichswehrministeriums an der „Täglichen Rundschau“ anlangt, so sind mir die Nachrichten darüber lediglich aus der Presse bekannt, und ich bezweifle, ob tatsächlich irgendwelche Mittel des Reichswehrministeriums in dieser Weise verwendet worden sind.“ Wahrlich keine sehr eindeutige Antwort! Dennoch kann man schon annehmen, daß an den Gerichten über die Verwendung von Reichswehrgeldern zur Pressebeeinflussung etwas Wahres ist. Im übrigen ist bemerkenswert, daß Papen auf eine andere Frage antwortete, er habe „gegen Pressesubventionen nichts einzuwenden, falls nur die Freiheit der Redaktion und der Geschäftsführung unangestastet bleiben“. Gerade das pflegt aber eben bei Pressesubventionen nicht der Fall zu sein!

Systematische Verhetzung der Jugend

Weimar, 19. Oktober.

CNB. Der nationalsozialistische thüringische Volksbildungsminister Wächter hat Anweisungen erteilt, wie die thüringische Schuljugend zur Erkenntnis zu führen sei, daß die letzten Ursachen des heutzutageigen Elends im Diktat von Versailles liegen. Er betont im Amtsblatt für Volksbildung, ein klares Wissen um diesen Gewaltvertrag werde der Boden sein, aus dem der Wille zum Kampf dagegen erwache. Angeordnet wird deshalb in den 7 Klassen der Volksschule, in den beiden ersten Jahrgängen der Berufsschule und in den Klassen Quarta bis Unterprima der höheren Schulen, daß alljährlich in der Zeit zwischen Ostern und Pfingsten die Vertragsbestimmungen über die Gebietsabtrennungen und die Abrüstung und der Kriegsschuldartikel im Sinne dieser Verfügung eingehend zu behandeln und in den Abschlussklassen in den Vordergrund des geschichtlichen Unterrichts zu stellen sind. Alle Schüler und Schülerinnen des 7. Schuljahres haben sich den Artikel 231 wörtlich einzuprägen.

Zu diesem unerhörten Erlaß berichtet ergänzend das „Berliner Tageblatt“:

Die Kulturpolitik des Dritten Reiches hat im Lande Thüringen ihren ersten Erfolg erstritten. In allen thüringischen Schulen ist durch behördlichen Erlaß ein „Wochengebet“

eingeführt worden, das zwar nicht dem Alten oder Neuen Testament, aber dem — Versailler Vertrag entnommen ist. Den neuen nationalsozialistischen Volksbildungsminister Wächter ließ der Ruhm seines Amtsvorgängers Frick, des Erfinders der Schulgebete gegen die „Volksverräter“, nicht ruhen; seine Sehnsucht, auch sich ein kulturpolitisches Denkmal zu setzen, ist nun erfüllt. Von heute an muß die letzte Wochenstunde in allen Schulen mit folgendem, von Herrn Wächter dekretiertem

„Wechselspruch“

geschlossen werden:

Ein Schüler oder der Lehrer: „Hört den Artikel, den Deutschlands Feinde ersannen, um uns auf ewig zu schänden: Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich sind, die die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des Krieges, der ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde, erlitten haben.“

Hierauf muß

die Klasse im Chor

antworten: „Die deutsche Schande soll brennen in unseren Seelen bis zu dem Tage der Ehre und Freiheit!“

Solidarität triumphiert

Erfolgreiche Streiks in Sachsen

(Eigene Meldung der SAZ)

Dresden, 19. Oktober.

Seit zehn Tagen stehen rund 160 Arbeiterinnen der Kartonnagenfabrik Fuchs & Co., Dresden, geschlossen im Abwehrstreik. Die Firma versuchte, gestützt auf die Papen-Verordnung, die Hungerlöhne der zu 90 Prozent aus Arbeiterinnen bestehenden Belegschaft noch weiter zu senken.

Dieser Streik stellt die Solidarität der Erwerbslosen mit den Betriebsarbeitern unter Beweis. Die Firma sucht durch große Inserate in der Dresdener bürgerlichen Presse Kartonnagenarbeiterinnen zu „Tariflöshen“. Obwohl in der Kartonnagenbranche allein in Dresden mehr als 1000 Arbeiterinnen seit vielen Jahren auf der Straße liegen, der amtliche „Dresdner Anzeiger“ im redaktionellen Teil offen zum Streikbruch auffordert gegen „den von jugendlichen Elementen“ geführten „Streik wegen der Notverordnung“, haben sich bisher nur 4 bis 5 Streikbrecher gefunden, die von der Firma im Lieferauto zur und von der Arbeitsstelle transportiert werden. Diese Jaanerrappen werden der Arbeiterschaft den Sieg nicht entreißen können, wenn die Belegschaft und die erwerbslosen Kartonnagenarbeiter weiterhin in Solidarität zusammenstehen.

Die Gleisarbeiter der Firma Peusker in Lausa bei Dresden führten gegen den angekündigten Lohnabbau einen einstündigen erfolgreichen Streik.

In Döbeln in Sachsen haben Eisenbahnstreckenarbeiter, soweit sie im Zeitlohn beschäftigt werden, die Arbeit niedergelegt, weil die Verwaltung sich weigerte, die Arbeitszeit entsprechend der Zugverbindung einzuteilen. Wie wir hören, hat auch die Drohung des Arbeitsamts Döbeln, den Streikenden die Unterstützung vorzuenthalten, nicht vermocht, die Arbeiter zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen.

Bei der Firma Seidel & Naumann in Dresden hat die Firma gleichfalls einen 50prozentigen Lohnabbau für die 31. bis 40. Wochenstunde angekündigt. Verhandlungen zwischen Arbeiterrat und Direktion haben noch keine Einigung erbracht. Ueber das Ergebnis einer schon einberufenen Be-

triebsversammlung werden wir noch berichten. Die Belegschaft dieses durch die Rationalisierung besonders ausgebeuteten Großbetriebes sollte den angekündigten Lohnraub einstimmig ablehnen.

Die Belegschaft der Steingutfabrik Sörnwitz bei Meißen legten am 14. Oktober geschlossen die Arbeit nieder, gegen den Papenschen Notverordnungsraub.

Neugersdorf, 19. Oktober.

Der Streik der Former bei der Webstuhlfabrik C. A. Roscher hat nun auch den Betrieb in Georgswalde ergriffen. Die Firma versuchte in diesem Zweigbetrieb Streikbrecherarbeit herstellen zu lassen. Diese Maßnahme haben die dortigen Former abgelehnt. Darauf wurden sie einzeln zur Arbeit aufgefordert und, als sie trotzdem ablehnten, fristlos entlassen. Nunmehr erklärten sich die übrigen Former mit ihnen solidarisch und die Firma entließ die gesamte Gießereibelegschaft. Die Streikenden haben folgende Forderungen aufgestellt: Zurückziehung der Streikarbeit, Maßregelungen dürfen nicht stattfinden, Bezahlung nach dem Tarif des Internationalen Metallarbeiterverbandes für die Bezirke Wornsdorf-Rumburg-Schluckenau.

Schulen werden geschlossen

(Eigene Meldung der SAZ)

Meißen, 19. Oktober.

Da die Stadt nicht in der Lage ist, die nötigen Kohlen zu kaufen, mußten heute zwei Schulen mit 2200 Kindern geschlossen werden. Die Kinder sollen bis auf weiteres in anderen Schulen notdürftig untergebracht werden.

Das Zentrum streckt die Hand aus

Wir berichteten kürzlich über die Rede, die der Zentrumsführer Prälat Kaas am Montag in Münster gehalten hat. Das Schwergewicht dieser programmatischen Zentrumsklärung sahen wir in dem Versuch, die Verbindung zu den Plänen Hindenburgs und der Reaktion aufzunehmen. Wir standen damit im Gegensatz zu fast allen übrigen Zeitungen, die aus der Rede von Kaas nur die Kritik an der Papenregierung heraushörten. Umso bemerkenswerter scheint uns, daß auch die „Frankfurter Zeitung“, die Ausführungen von Kaas in dem Sinne wertet, wie wir es getan haben.

CNB, Frankfurt a. M., 18. Oktober.

Die „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt sich in einem Leitartikel mit der Rede des Prälaten Kaas und weist darauf hin, daß das Ziel, das dem Redner vorgeschwebt habe, durch das Wort von der „Notmehrheit“ klar geworden sei.

Niemand kann die Hand übersehen, betont das Blatt, die da ausgestreckt worden ist.

Vorsichtig hat Herr Kaas zu verstehen gegeben, daß es ihm nicht darum zu tun ist, eine Autorität, die durch den Reichspräsidenten legitimiert wird, gering einzuschätzen. Herr Kaas hat ausdrücklich davon gesprochen, daß man auf der Zentrumsseite bereit wäre,

an einer „vernünftigen Fortbildung der Verfassung mitzuarbeiten“ und einer starken Regierungsführung die verfassungsmäßigen Fundamente zu schaffen.“

Mit der Rede von Münster beginnt ein bedeutender Abschnitt der Zentrumspolitik. Wir haben wohl gehört, wie Herr Kaas jener Mehrheit, die ihm vorschwebt, den Charakter einer Notgemeinschaft gegeben hat; wir spüren die furchtbare Sorge, die in seiner Frage liegt, ob „der geistige Brückenschlag“ gelingen werde. Wir respektieren den Mut, das Unternehmen trotzdem zu wagen.

Die Zeitung „Der Deutsche“, das Organ der christlichen Gewerkschaften schreibt zu den Ausführungen von Kaas folgendes:

„Die Ausführungen des Parteiführers Kaas werden verschieden interpretiert. Es wird darin allgemein eine erneute scharfe Kampfansage gegen das Kabinett und besonders gegen die Person Papens gesehen. In Regierungskreisen will man anscheinend aus den letzten Ausführungen eine Art Koalitionsangebot an die Regierung Papen erblicken, also die Bereitschaft des Zentrums, mit dem Kabinett Papen zusammen zu arbeiten. Eine dritte Version lautet, das Zentrum wolle die Verhandlungen mit den Nationalsozialisten wieder aufnehmen.“

Da wäre es also dem Zentrumsführer gelungen, in einer „programmatischen Rede“ sich alle Möglichkeiten offen zu halten. Was der Zweck der Übung gewesen sein dürfte!

Nazis als Versammlungsprenger

Stolp, 19. Oktober.

CNB. In einer Wahlversammlung der Deutschnationalen Volkspartei kam es zu einer großen Schlägerei. Als der Redner sich gegen die Nationalsozialisten wandte, von deren Anhängern der Saal zur Hälfte besetzt war, warf der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Czornik eine Seltzerflasche gegen den Vorstandstisch. Die Nationalsozialisten versuchten sodann, die Tribüne zu stürmen. Bei dem sich daraus entwickelnden Handgemenge wurde auf beiden Seiten eine größere Anzahl Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Mehrere Nationalsozialisten, darunter auch der Abgeordnete Czornik, wurden verhaftet. Die Versammlung wurde von der Polizei aufgelöst.

Kompromiß über den Rückenausschnitt

Im preussischen Innenministerium hat am 18. Oktober eine Besprechung mit den Vertretern der Badeanzugindustrie und des Textilhandels stattgefunden. Sie führte zu einer Einigung aller Beteiligten über die polizeilichen Anforderungen an eine zweckmäßige und geschmackvolle Badebekleidung, die dem sittlichen Empfinden der Bevölkerung entspricht. Damit sind die gegen den Erlaß vom 28. September entstandenen Bedenken der beteiligten Wirtschaftskreise ausgeräumt.

Ergänzend hört das Nachrichtenbüro des VDZ noch, daß in der Tat die Badepolizeiverordnungen in der Praxis so großzügig gehandhabt werden sollen, daß keinerlei Störungen oder Erregungen zu befürchten seien. Es würden noch — von der Industrie — Bilder herausgegeben, aus denen man sehen könne, wie man sich die praktische Durchführung der Badebestimmungen an den maßgebenden Stellen denkt. Dabei werde sich sehr bald zeigen, daß nun durchaus nicht die Badeanzüge bis zum Hals herauf zugeknöpft sein müssen. Nur müsse der Badeanzug aus einem Stück bestehen, dürfe also nicht aus Jacke und Hose zusammengesetzt sein. Im übrigen werden einem größeren Rückenausschnitt keine Schwierigkeiten bereitet.

Die Dnjeprostroi-Feier

Von Alfons Goldschmidt

Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten in Moskau hatte mich zur Teilnahme an den Eröffnungsfeierlichkeiten in Dnjeprostroi eingeladen. Ich hatte die Einladung sehr gern angenommen, weil ich das Kraftwerk noch nicht gesehen hatte, und weil ich wußte, daß diese Feier mehr sein würde als eine der üblichen Festlichkeiten bei Abnahme der funktionsfähigsten Lokomotive oder bei einer Kanalaröffnung.

Die Fahrt nach Dnjeprostroi über Charkow dauerte etwa 27 Stunden. In diesen Tagen kamen Eisenbahnzüge aus der ganzen Sowjet-Union nach Dnjeprostroi, aus dem fernsten Sibirien, aus dem Süden, von der Ostsee, aus allen Gegenden kamen die Delegierten. Achtzehn Extrazüge wurden allein am Abend des 10. Oktober, dem Eröffnungsabend, nach den Heimaten abgefahren. Unser Zug allerdings war ein ganz besonderer Zug, denn mit ihm fuhr die Kalinin und Ordtschenikow, also Dirigenten des Sowjetstaates. Unter den Gästen war auch Henri Barbusse.

Wir gelangten gegen 11 Uhr abends nach Dnjeprostroi, wo uns ein freundlicher Beamter des Kommissariats für Auswärtige Angelegenheiten in Empfang nahm und uns zur Besichtigung des illuminierten Giganten aufforderte. Diesen Anblick werde ich, solange ich leben mag, kaum vergessen. Der ungeheure Staudamm, 766 Meter lang, beworfen und beglänzt vom weißen Licht vieler Scheinwerfer. Aus den Toren des steinernen Riesensiegels jagten gewaltige Wassergardinen in den unteren Dniepr, überglänzt von den Worten Lenins in riesigen, an den Pfeilern des oberen Dammbaus befestigten Leuchtbuchstaben: „Rölemacht plus Elektrizität schaffen den Kommunismus!“

Trotz ich etwas vom Ufer zurück, so schien der untere Dniepr mit seinem Gewirbel aus weißen Wasserstrudeln, mit seinen Felsen und Strömen wie ein ungeheures lebendiges Gemälde aus weißer Seide. Im Hintergrund die milchig erleuchtete Turbinenhalle und darüber der volle Mond wie eine armliche Glanzscheibe. Mit diesem Eindruck in der Seele legte ich mich im Waggon schlafen. Am nächsten Morgen mußten wir, eine kleine Armee von Korrespondenten aus vielen Ländern, von Oelchern und Schriftstellern, schon um sieben Uhr uns auf den Weg machen, um noch vor dem großen Strom der Feiernden den Staudamm und die Turbinenhalle zu besuchen. Der Tag kam sonnenklar und warm. Nun übersehen wir besser die Gewaltigkeit des gesamten Baus, die Zyklokonstruktion des Damms, der trotzdem nicht unzerstörlich ist. Wir fühlten den ungeheuren Drang des angestauten Wassers, das den Damm um mehr als 37 Meter gehoben hat, so daß die Fluten auch die höchstgelegenen Schnellen um vier Meter überströmen. Die größten Dnieprschiffe können nun ohne Gefahr nach Norden fahren, nachdem sie in drei Schleusenammern auf das Dammniveau des Flusses gehoben worden sind. Die Schleusenammern sind noch in der Konstruktion. Aber es ist nicht mehr viel zu machen an ihnen. In kurzer Frist werden die ersten Schiffe vom Schwarzen Meer aufwärts fahren.

In den Hochwassermonaten drängt der Strom mit einer Gewalt von 24.000 Kubikmetern pro Sekunde in die riesigen Schneckenröhren, die ihn nach den Turbinenschaulen leiten. Die Turbinenhalle ist wie der Festbau für eine Parade von Riesen, hell, von einfachsten Konturen, das Gesicht dem unteren Dniepr zugewendet. Die

enormen Scheiben nach dem Flusse hin können geöffnet und geschlossen werden, je nach der Jahreszeit. Kein Staubchen ist zu spüren in dieser klaren Luft, nur leise dringt Duft von Maschinöl auf dich ein.

Zwei von den neun, teilweise schon fertiggestellten, teilweise erst fundamentalen Turbinengeneratoren liefern genügend Strom für die Bedürfnisse des Augenblicks erzeugend. Das Wasser jagt die Turbinen mit solcher Wucht und Geschwindigkeit, daß jede Turbine 90.000 PS liefern kann, insgesamt also 810.000 PS. Wenn man sich diese ungeheure Macht vorstellen will, so ist vielleicht folgendes Bild dienlich. Von dem größten deutschen Dampfer, der „Europa“, konnten 16 Exemplare auf einmal von dieser Gewalt über den Ozean gehoben werden. Sie ersetzen etwa 13 Millionen Menschenkräfte und ich habe mir berechnet, daß bei voller Ausnutzung der elektrischen Energie die gesamte lebendige Arbeitskraft, die zum Bau des Dnieprwerkes gebraucht worden ist, in einhalb Tagen amortisiert sein würde. Welche Perspektiven auf die Zeit eines vollendeten Sozialismus! Es ist keine Utopie mehr, wenn man behauptet, daß die Menschheit in Zukunft nur noch wenige Stunden zu arbeiten braucht, um ihre materiellen Bedürfnisse voll und ganz zu befriedigen.

Mit Hilfe der neuen Turbinen können drei Milliarden Kilowatt-Stunden Energie jährlich geliefert werden. Die Kilowatt-Stunde kostet 0,7 bis 0,8 Kopeken, das heißt, sie ist die billigste Kilowatt-Stunde der Welt. Damit ist die bürgerliche Behauptung widerlegt, daß der Sowjet-Sozialismus teuer sei als die sogenannte kapitalistische Privatinitiative. Denn der Sozialismus steigert die Produktivität der Arbeit ungeheuer und senkt die Kosten der Herstellung. Die Individualkraft des Menschen wächst sehr schnell. Das zeigt die Geschichte des Baus von Dnjeprostroi mit aller Deutlichkeit. Hätten auch Fachleute anfangs geglaubt, der Bau würde vor 1934 nicht fertig sein, so müßten sie angesichts raschster Steigerung der Produktivität der Arbeitskraft schon nach einiger Zeit gestehen, daß sie sich grundsätzlich geirrt hätten.

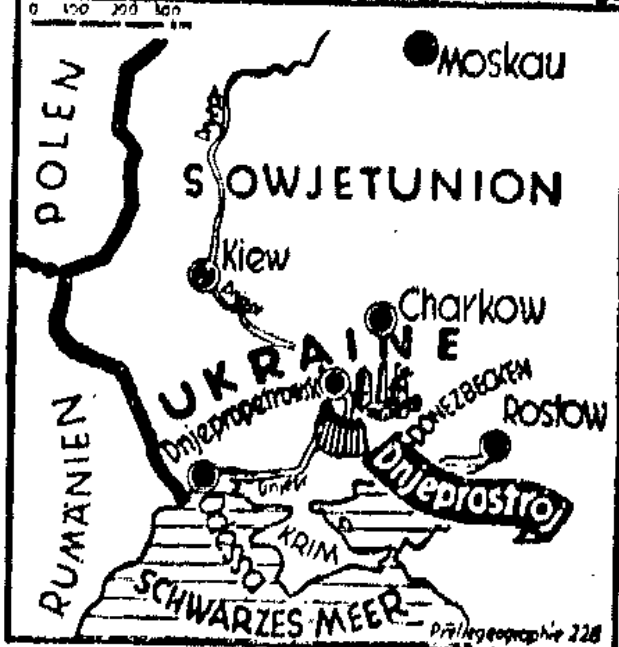
Man hat in der Tat 5000 Kubikmeter Beton an einem einzigen Tag vermauert. Das war die Höchstleistung in Dnjeprostroi, aber auch die Welt Höchstleistung. Unter schwierigsten Umständen wurde diese Arbeit getan, 1,3 Millionen Kubikmeter Beton in so kurzer Zeit zu betten! Die Geschichte des Baus ist voll von heroischen Taten. Menschen, einzelne und Brigaden, haben gegen Eis und gegen die Stürze des wütenden Wassers, gegen Strudel und Felsen, diese Rekordleistung vollbracht. Sie haben die Auszeichnung, die man ihnen an diesem Feiertage gab, den Orden der Arbeit, wohl verdient.

Wenn mir noch einmal gesagt werden sollte, daß die Qualifizierung der Sowjetarbeitskraft den Erfordernissen einer modernen Wirtschaft niemals entsprechen könnte, so werde ich ihn auf Dnjeprostroi weisen. Die erste Turbine wurde in 34 1/2 Tagen montiert, die fünfte in 25 1/2 Tagen, wobei die Kosten absolut und relativ sehr erheblich gesunken sind. Die gesamten Baukosten wurden auf 300 Rubel pro Pferdestärke gesenkt infolge der wachsenden Arbeitsproduktivität. Wo sind solche Erfolge noch aufzuweisen? Während ein Teil der Turbogeneratoren aus den Vereinigten

Staaten bezogen wurde, wird der Rest schon von der Sowjet-Industrie selbst hergestellt. Man lernt schnell hier, davon kann ich mich jeden Tag von neuem überzeugen. Schnell lernt man, obwohl man viel Lehrgeld zahlen muß. Vor allem hat man gelernt, die Industrie und ihre Kraft dorthin zu stellen, wo die Rohstoffe in der Erde liegen und die Industriekomplexe organisch untereinander und mit dem Acker zu verbinden. Wer nur eine Spur ökonomischer Denkkraft besitzt, wird wissen, welche ungeheuren Vorsprünge das vor der kapitalistischen Wirtschaftskonstruktion bedeutet. Schon diese Fundamente sind notwendige Qualifizierung im höchsten Grade. Das wird sich bald schon zeigen.

In Dnjeprostroi zeigt sich das schon an der Entstehung eines neuen Industriezentrums, verbunden mit der Er-

Großkraftwerk Dnjeprostroi



öffnet am 10. Oktober 1932

basis von Krivoy-Loj und dem Kohlen-Donbassin, die beide in das Ragnetz des elektrischen Stromes eingeschlossen sind, dessen gewaltigstes Zentrum das Kraftwerk am Dniepr ist. Ich fuhr bei sinkender Sonne durch das Revier, in dem sich die Hallen und Hochöfen eines Ferromangan-Werkes, eines Elektro Stahlwerkes und eines Aluminiumwerkes erheben. Mit einer Chamottefabrik, Reparaturwerkstätten, mit riesigen Werkstätten, Klubhäusern, Arbeiterwohnungen und einer ganzen werdenden Großstadt. Vor einem halben Jahr etwa fuhr ich im Automobil durch einen Teil des Ruhrindustrialgebietes. Am 10. Oktober dieses Jahres, auf der Fahrt durch das Gebiet des Dniepr-Kombinats, war mir, als ob sich jene Automobiltour wiederholte. Mit dem Unterschied nur, daß die Reise durch industrielles Neuland ging, durch Plananlagen, durch ein sozialistisches Industriegebiet, weil überlegen verhältnismäßig an Organität und Nutzkräft jedem kapitalistischen Industriegebiet.

Das ganze Dnieprnetz, mit allen Nebenflußgebieten hat etwa die Größe Deutschlands. Das ist ein sicheres Zukunftsbild, nunmehr, ein Gebiet, in dem nicht nur Industrien, sondern auch eine mo-

derne Landwirtschaft blühen werden. Eine Landwirtschaft, nicht mehr abhängig von jedem Tempereitwandel, ein Acker, nicht mehr der Dürre und Regen bedrungen, alle Acker. Schon werden bei Dnjeprostroi sehr bemerkenswerte Versuche mit der Nutzbarmachung des Wassers und der elektrischen Erzeugung der Kräfte gemacht.

Der amerikanische Botschafter beim Dnieprbau, der alte Spezialist Cooper, mit dem Edisonkopf, sagte in seiner Ansprache, daß die Sowjetregierung recht behalten hätte mit ihrem Kraftoptimismus. In Dnjeprostroi sei vollbracht worden — hatte er früher schon geäußert — was er selbst für unmöglich gehalten hätte. Er wurde mit dem roten Orden der Arbeit dekoriert, und zwar unter dem Beifall der vielen Tausende von Arbeitern, die auf den Turbinen der Leier des Werkes bewachten, das sie selbst, gemeinsam mit diesem Mann, mit den russischen Leitern und Entwerfern des Plans, mit Wintler, mit Prof. Alexandrow und mit anderen, auch mit deutschen Ingenieuren, geschaffen hatten. Es war bei dieser Feier nichts von Heber- oder Unterordnung zu merken. Wirkliche Solidarität spürte ich in den Reden der Regierungsmitglieder, der Ingenieure, der Arbeitervertreter, und in der Flammrede meines lieben Kameraden Barbusse. Die Prämierung vieler Arbeiter und Arbeiterinnen war nicht ein Gnadenakt von oben, sondern ein Gemeinschaftsakt.

Man hatte mich gebeten, meine Eindrücke von der Eröffnungsfeier ins Mikrofon zu sprechen. Ich sprach in der Nacht auf dem beglänzten Staudamm, in einem Bretterhäuschen, angelehnt an einen der riesigen Pfeiler. Ich habe selten in meinem Leben eine Radiorede aus solcher Erschütterung gehalten. Ich möchte hier wiederholen, was ich am Schluß gesagt habe: „Wie in Dnjeprostroi sich die Tausende von Lichtern zu einer Flamme vereinen, so werden die Millionen Menschengenossen sich zur Flamme des Sozialismus zusammenfinden, zu einer wärmenden und leuchtenden Flamme über die ganze Erde.“

Eisenbahnunfall

Zwei Tote, neun Verletzte

Halle a. S., 19. Oktober.

Am Kleinbahnübergang Passendorf der Halle-Hettstedter-Eisenbahn stieß heute nachmittags ein Personenzug mit einem Kraftomnibus zusammen. Der Besitzer des Kraftbusses wurde auf der Stelle getötet, ein Fahrgast tödlich verletzt. Fünf Personen erlitten sehr schwere und vier leichtere Verletzungen. Die Schranken am Bahnübergang waren außer Betrieb, da sie vom heftigen Sturm stark beschädigt worden waren.

Das Grubenunglück bei Saarbrücken

Einer der bei dem Grubenunglück auf der Schachtanlage Goettelborn schwerverletzten drei Bergleute ist gestorben.

Auf der Schachtanlage Bertrand wurde ein Bergmann tödlich und ein weiterer Bergmann schwer verletzt.

Falschmünzerbande in Hamburg verhaftet

Das Falschgeldkommando hat eine Falschmünzergesellschaft verhaftet und umfangreiches Material beschlagnahmt, wodurch eine ganze Reihe von Münzvergehen in Hamburg, Itzehoe, Neumünster, Stettin und anderen Orten aufgeklärt werden konnte. Die Bande wollte gerade die Herstellung einer neuen Reihe von 20-Markscheinen in Angriff nehmen.

Der Kaiser ging, die Generäle blieben

Ein deutscher Roman

Von THEODOR PLIVIER

Copyright 1932 by MALIK-VERLAG A.-G., Berlin W 50
Alle Rechte, besonders die der Übersetzung, des Nachdrucks, der Verfilmung und Radioverbreitung, vorbehalten.

„An die deutschen Bürger!
... Ich bin im Begriff, die neue Regierung im Einvernehmen mit den Parteien zu bilden...
Mithürger. Ich bitte Euch alle um Eure Unterstützung...
Mithürger.

Ich bitte Euch alle dringend: Verlaßt die Straßen...“

Berlin, den 9. November 1918.
Der Reichskanzler.
Ebert unterzeichnet die beiden Aufrufe, denn läßt er sich in den Reichstag zurückfahren.

„Hier Groener...“

Die von der Peripherie anmarschierenden Arbeiterzüge haben die innere Stadt erreicht. Die gedachten Verteidigungsringe — der äußere an der Stadtbahn, der innere an Spree und Landwehrkanal — sind weggeschmolzen. Die wenigen Truppen, die nicht zum Volk übergegangen sind, haben sich neutral erklärt.

Die Züge ziehen in breitem Fluß durch die Straßen, Arbeiter, Frauen, Feldgrauen, Schüler, Deserteure. Die liegengelassenen Straßenbahnen sind plötzlich zu Rednertribünen geworden. Von den Wagendächern herunter werden Ansprachen gehalten, auf manchen stehen bewaffnete Gruppen, Soldaten und Arbeiter nebeneinander; sie lassen sich von den vorbeiziehenden Massen ansehen und sehen auf die Massen hinunter.

Die ganze große Masse, die Liebknecht meinte, ist in Bewegung.
Das Eisen ist warm, es muß geschmiedet werden — zu neuen Formen.
Die Bewegung muß Richtung bekommen.

Die marschierenden Kolonnen müssen das Ziel sehen.

Liebknecht hat die Nacht kaum geschlafen. Auch er und die Spartakusgruppe haben am Vorabend gemeinsam mit Ledebour einen Aufruf an die „Arbeiter und Soldaten“ verfaßt und in den Betrieben verbreiten lassen. Seit den ersten Morgenstunden ist er unterwegs. Seine Anhänger haben ihm ein Lastauto besorgt und haben es mit Girlanden und einer Fülle roter Nelken geschmückt; am Anhalter Bahnhof, Unter den Linden, in der Leipziger Straße, an allen Ecken der Stadt taucht das rote Auto auf: bis an die Zähne bewaffnete Arbeiter, ein paar Matrosen, mittendrin Liebknecht.

Der Wagen stoppt.
Liebknecht spricht:
„Kameraden, Genossen...“

Die rote Fahne weht über Berlin. Das Proletariat in der Bluse und in Feldgrau marschieren. Für den sofortigen Frieden, für die Aufhebung des Belagerungszustandes, für die Öffnung der Gefängnisse, für die Entlassung der gesamten Polizei. Die Berliner Arbeiter treten in der deutschen Revolution nicht an erster Stelle an. Aber sie versprechen, in der Durchführung des kommunistisch-revolutionären Programms ganze Arbeit zu machen. Mit der Abdankung von ein oder zwei Hohenzollern ist so gut wie nichts geschehen. Und mit ein paar Regierungssozialisten an der Spitze ist erst recht nichts getan!

Sämtliche militärischen und zivilen Behörden, die Fabriken und die Banken, die Verkehrsanstalten müssen durch die Arbeiter kontrolliert werden.

Wählt Arbeiter- und Soldatenräte! Und tretet für das Programm der Arbeiter- und Soldatenräte mit aller Entschiedenheit und unbezähmbarem Kampfeswillen ein!
Es lebe die sozialistische Republik Deutschland!

Das Auto mit Liebknecht fährt weiter. Und die Massen ziehen durch die Straßen und stauen sich dunkel vor den Gebäuden der alten Macht. Kleine Gruppen lösen sich aus der schweren abwartenden Menge und dringen

ins Innere der Häuser ein, um die Mächtigen zu entthronen.

Das Reichsmarineamt, vom Staatssekretär der Marine, von Admirälen, Kapitänen, Kapitänleutnants, von über hundert bewaffneten Seeoffizieren besetzt, kapituliert vor einem Unteroffizier und sechs Mann.

Das Zellengefängnis Moabit wird von einem Stoßtrupp der Obleute genommen, während die aufmarschierte Demonstration draußen wartet. Der Direktor überreicht den Obleuten nach kurzem Verhandeln die Listen der politischen Gefangenen. Die Wärter schließen die Zellen auf. Die Gefangenen werden freigelassen, darunter die bei Tagesanbruch festgesetzten Matrosen.

Eine kleine Matrosengruppe holt zweihundert Militärgefangene aus dem Strafgefängnis Tegel heraus.

Ein Monteur entwirft eine Polizeiwache, und nachdem die Beamten die Polizeiwache verlassen haben, behängt er sich mit einem Dutzend Karabinern und ebensovielen Pistolen und sucht auf der Straße nach Leuten, die sich bewaffnen wollen.

Ein Mitglied der Spartakusgruppe, der Privatgelehrte Hermann Duncker aus der Buxtehuder Straße, wartet vor dem Warenhaus Wertheim auf seine Frau, die hineingegangen ist, um den Aufenthalt des gefangengesetzten Genossen Jögisches telefonisch zu erfragen. Ein Demonstrationzug kommt vorbei, Militärmusik, rote Fahnen. Ein Feldgrauer löst sich von der Menge, ein alter Freund Dunckers, ein Parteigenosse und ehemaliger Redakteur an verschiedenen Arbeiterzeitungen. Seit Kriegsausbruch hat Duncker ihn nicht mehr gesehen.

Die beiden umarmen sich.
Die Menge ruft „Hoch“.
Die Menge brüllt „Nieder“.

Duncker hat seine Frau Käthe vergessen. Er marschiert im Zug mit und singt mit den andern: „Wir sind die Arbeitsmänner...“
Kurze Zeit später steht er neben seinem Feldgrauen Freund auf einem Lastwagen, umgeben von einer Gruppe bewaffneter Soldaten. Der Wagen fährt durch die Leipziger Straße und am Dönhofsplatz vorbei. Ein Stück weiter, vor

dem Haupteingang des „Berliner Lokalanzeigers“, der von einer großen Volksmenge umlagert ist, bleibt der Wagen stehen.

Die Menge brüllt.
„Die Kriegshetzer — nieder!“
„Die Lügenzeitung — nieder!“
„Alle Zeitungen gehören dem Volk!“ droht der Privatgelehrte Duncker.

„Also rein und besetzen!“ meint sein feldgrauer Freund.
„Den besetzen wir“, stimmt ein zweiter Soldat zu und pflanzt sein Seitengewehr auf.

Sie springen vom Wagen und drängen sich durch die Menge — Duncker, sein Freund, drei weitere Feldgrauen und ein Matrose. Der livrierte Diener bewegt die Drehtür und läßt sie ins Haus. Ein Abteilungschef kommt die Treppe herunter: „Die Direktion erwartet die Herren schon, darf ich die Herren führen?“

Die sechs Mann betreten das Konferenzzimmer.

Die Verlagsdirektoren und Redakteure sitzen um einen runden Tisch herum und sehen den Erklärungen des unbewaffneten Mannes mit dem gelichteten Gelehrtenkopf erwartungsvoll entgegen. Doch Duncker, der wohl gewohnt ist, lange Vorlesungen zu halten über die kapitalistische Ausbeutung des Volkes und die verhängnisvolle Rolle, die die bürgerliche Presse in diesem Prozeß spielt, ist nicht gesonnen, vor diesem Kreis viele Worte zu machen. In einem einzigen Satz präzisiert er die Forderung, die die Revolution an die kapitalistische Presse zu stellen hat:

„Meine Herren, das Blatt hat sich gewendet — ihr Blatt muß sich auch wenden!“ sagt er nur.

Und dieses Bonmot genügt, die Situation eindeutig zu erhellen.

Die Herren des „Lokalanzeigers“ horchten nervös nach draußen, wo die Niederrufe der Menge bis zu den Fenstern hochsteigen; sie drehen die Köpfe, sehen einer den andern an und blicken zu dem langaugengeschossenen Doktor hin, der ihnen nichts weiser als dieses gräßliche Witzwort zu sagen hat.

(Fortsetzung folgt.)

Wie die Sozialisierung marschierte

Von J. Walcher

Schlußfolgerung

Aus den geschichtlichen Tatsachen der Jahre 1918/20, mit deren Schilderung wir heute abschließen, muß die deutsche Arbeiterklasse die Lehre ziehen, daß sie nie und nimmer zum Sozialismus kommen wird, solange sie nicht die Kraft aufbringt, dafür durch die Eroberung der politischen Macht, durch die Aufrichtung der proletarischen Diktatur die entscheidenden Voraussetzungen zu schaffen. Die staatsrechtliche Politik, die die Sozialdemokratie in den letzten 13 Jahren getrieben hat, diente letzten Endes den bürgerlichen Interessen und konnte darum niemals zur Verwirklichung des Sozialismus führen. In der Niedergangsperiode des Kapitalismus, die vom Bankrott des Parlamentarismus begleitet ist, konnte die reformistische Politik beim Fehlen einer zur Erfüllung ihrer Aufgaben fähigen kommunistischen Partei nur zur Herrschaft der schwärzesten Reaktion und zur absoluten Verelendung der Arbeitermassen führen. Darum gilt es, jedem Arbeiter den Bankrott des Reformismus einzubläuen. Wir dürfen nicht dulden, daß ein Tarnow die grundlegenden Probleme, um die seit Jahrzehnten zwischen Reformisten und Revolutionären gerungen wird und deren völlige Klärung gerade heute von ausschlaggebender Bedeutung ist, derart verschleimt, wie das in einem „Vorwärts“-Artikel am 21. August 1932 geschah. Hier schreibt Tarnow:

„In der Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung hat die Frage, ob der Weg zum Sozialismus ein „revolutionärer“ oder „evolutionärer“ sein soll, mehr als einmal heisse Debatten ausgelöst. Die Gegensätzlichkeit zwischen diesen beiden Begriffen ist in der Praxis aber gar nicht so groß. In Wirklichkeit handelt es sich nur darum, in welchem Tempo der System-Wechsel abgewickelt werden kann, und das ist eine Angelegenheit, die nicht allein von der politischen Willensbildung und Entschlußkraft, sondern in viel höherem Maße noch von ökonomischen Voraussetzungen abhängt.“

Um solchen Galimatias irgendwie schmackhaft zu machen, verweist Tarnow auf das russische Beispiel, das erweisen habe, daß die Sozialisierung der Gesamtwirtschaft nicht mit einem Schlage von heute auf morgen durchführbar sei. Das ist nun freilich richtig. Aber damit man mit der Verwirklichung des Sozialismus beginnen kann, muß die Arbeiterklasse nach dem Vorbild der russischen Arbeiter und Bauern die politische Macht ergreifen. Das ist aber nur auf revolutionärem Wege möglich, während der evolutionäre Weg, wie gesagt, eben nur zur Zermürbung der Arbeiterklasse und zu ihrer völligen Verelendung führt. Es verhält sich also nicht so, daß der reformistische Weg langsamer aber dafür um so sicherer und schmerzloser, der revolutionäre Weg dagegen

Opposition im Zentr.-Verb. der Arbeitsinvaliden

Am 16. Oktober tagten im „Volkshaus“ Weimar die Ortsgruppenvorstände des Gaues Thüringen im Zentralverband der Arbeitsinvaliden. Die Konferenz wurde geleitet vom Gauleiter Mackenrodt - Weimar, welcher selbstverständlich Sozialdemokrat ist. Gleich nach Eröffnung der Konferenz entwickelte sich eine zahlenmäßig kleine aber energische Opposition, die wohl dem Gauleiter Mackenrodt das Konzept gründlich verderben hat.

Nach dem Bericht des Gauleiters hat sich die Mitgliederbewegung nach rückwärts entwickelt. Eine Herbsttagung soll die Lücken wieder ausfüllen. Bei dieser Gelegenheit wurde von einem SAP-Genossen mit Recht kritisiert, daß die Gauleitung die satzungsgemäße parteipolitische Neutralität verlassen habe und offen für die SPD Propaganda mache. Diese Versippung mit der SPD erschwert aber nicht nur die Agitation, sondern die Rentnerschaft, welche nicht mehr auf die SPD schwören kann, wird den Zentralverband verlassen.

Zu Punkt „Stellungnahme zu den bevorstehenden Kreis- und Gemeinderatswahlen“ gab sich Mackenrodt große Mühe, für die SPD zu werben. Nach seiner Meinung ist es sogar ein Verbrechen, auf kommunistischen Listen zu kandidieren oder solche zu wählen. Diese widerliche Anbiederung an die SPD und widerliche Hetze gegen die KPD wurde endlich durch einen KPD-Genossen dadurch beendet, indem er unter starkem Beifall erklärte, daß er sich von der Gauleitung nicht vorschreiben lassen werde, was die von ihm vertretene Ortsgruppe wählt.

Die Opposition gehörte, mit einer Ausnahme, zum Bezirk Rudolstadt-Saalfeld. Und trotzdem: Der Bezirksleiter Dreßler-Rudolstadt, welcher noch vor einigen Monaten auf der Bezirkskonferenz erklärte, daß sein Kandidat zur Präsidentenwahl nicht Hindenburg, sondern Thälmann sei, diese ehemalige Leuchte der KPD hat sich inzwischen vom Saulus zum Paulus bekehrt und brach eine Lanze für die „allein richtige Arbeiterpartei“, für die SPD. Wenn die Gauleitung etwa geglaubt haben sollte, daß mit dem Uebertritt des Renegaten Dreßler die Opposition im Bezirk Rudolstadt-Saalfeld zur Strecke gebracht ist, dann hat sie sich geirrt. Mit einem zaghaften „Freiheit“ versuchte die Mehrheit die Konferenz abzuschließen, die Opposition antwortete schlagfertig mit „Rot Front“ und „Kampfbereit“.

schneller aber auch opferreicher zum Sozialismus führt. Es gibt in Wirklichkeit nur einen Weg zum Sozialismus, und das ist der Weg der proletarischen Revolution. Diese Lehre vor allem gilt es, aus den Ereignissen von 1918/20 zu ziehen.

Es wäre nun grundfalsch, wenn wir uns auf diese Feststellungen beschränken und uns damit begnügen würden, der Arbeiterklasse nur das Endziel und als einzige Aufgabe die Errichtung der proletarischen Diktatur zu stellen.

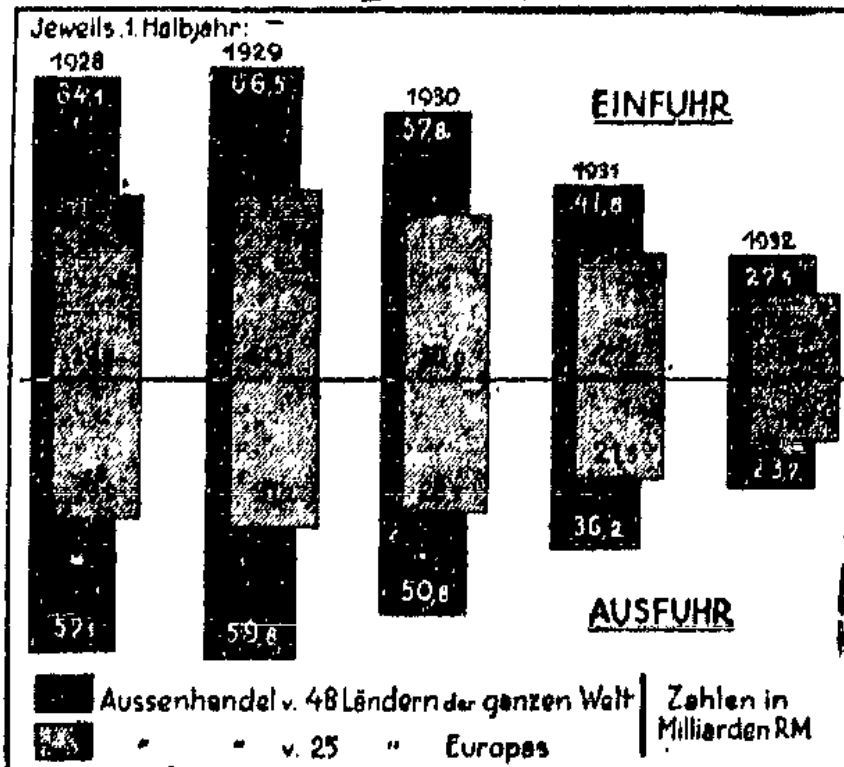
„Nicht darauf kommt es an, dem Proletariat nur die Endziele zuzurufen, sondern den praktischen Kampf zu steigern, der allein imstande ist, das Proletariat zum Kampf um die Endziele zu führen.“

(Aus den Thesen des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale über Taktik.)

Die Steigerung des Klassenkampfes bis zur Eroberung der politischen Macht kann sich nur aus der rücksichtslosen Verfechtung der

unmittelbaren Tagesinteressen der Arbeiterklasse und den sich daraus ergebenden Tages- und Uebergangslösungen ergeben. Wir müssen dafür eintreten, daß sich die Gewerkschaften frei machen von allen Rücksichten auf die Existenz und Konkurrenzfähigkeit der kapitalistischen Industrie und auf die kapitalistische Finanzwirtschaft, daß im Kampf um Lohn und Brot für sie allein die unermeßliche Not bestimmend ist, die das Proletariat nicht ertragen kann und nicht ertragen darf. Wenn wir wirklich zur sozialistischen Aktion und zum Sozialismus kommen wollen, dann gilt es die konkreten Lösungen, die der wirtschaftlichen Not der Arbeiterklasse entspringen, auszubilden in den Kampf um die Kontrolle der Produktion nicht im Sinne eines Planes der bürokratischen Organisation der Volkswirtschaft unter dem Regime des Kapitalismus, sondern um auf diese Weise die gesamte werktätige Masse zum Kampf gegen das kapitalistische System und für die Verwirklichung des Sozialismus in Bewegung zu bringen.

Der Rückgang des Welthandels



Dieses Schaubild des Welthandels bringt erschütternde Zahlen über den Rückgang, der in den letzten vier Jahren in dem Außenhandels-Umsatz aller Länder eingetreten ist. Während die Zahlen von 1929 gegenüber 1928 noch eine kleine Steigerung aufweisen, ist seitdem ein Absinken sowohl bei den für unsere Statistik berücksichtigten 48 wichtigsten Ländern der Welt, wie bei den 25 europäischen Ländern ein Rückgang auf fast ein Drittel zu verzeichnen. Der gesamte Welthandel im ersten halben Jahr 1932 hatte dadurch noch nicht einmal den Umfang des Außenhandels-Umsatzes der europäischen Länder im gleichen Halbjahr 1929.

„Prolet bleib geduldig“

Konjunkturpropheten blasen zum Rückzug

RH. Die unentwegten Konjunkturpropheten müssen den Rückzug antreten: Die „Bergwerkszeitung“, Organ rheinischer Schwerindustrieller, die sich seit einiger Zeit bedingungslos hinter Papen stellt, verwendet am 18. Oktober ihre Titelseite auf Verträge und Mahnungen zur Geduld. „Nur keine voreilige Kritik“, mahnt Herr Kommerzienrat Röschling, der Konjunkturanstieg kommt schon noch. Geduld müsse man haben. (Die Kommerzienräte und Redakteure der „Bergwerkszeitung“ können freilich abwarten.)

„Man kann nicht eindringlich genug davor warnen, an eine rasche Ueberwindung der Krise und an eine schnelle Ankerbelung der deutschen Wirtschaft zu glauben.“ Sagte kürzlich von Siemens.

Natürlich kann man nicht eindringlich genug davor warnen. Wir glauben überhaupt nicht an eine Ankerbelung. (Die SAZ hat das mehrmals eingehend nachgewiesen.) Und die Herren Wirtschaftsführer haben gleichfalls ein Interesse daran, nicht an eine schnelle Ankerbelung glauben zu machen. Ein solcher Wunderglaube käme zu schnell mit den Tatsachen in Konflikt. Viel besser ist es, man läßt „das Volk“ — — Geduld haben!

„Im Frühjahr müssen wir freie Bahn haben, denn dann kommt der Auftrieb“ (II) verkündet der erwähnte Kommerzienrat als seiner Weisheit letzten Schluß. Solange soll der Prolet abwarten. Immerhin, Besserungszeichen werden schon erblickt. Der neueste Silberstreifen besteht darin, daß die Zahl der Arbeitslosen nicht mehr zugenommen haben soll. Daß das nur auf verschärfte Bedürftigkeitsprüfungen und statistische Tricks zurückzuführen ist, weiß sogar das Institut für Konjunkturforschung — nur bei der Regierungspresse und den Scharfmacherblättern, wie der Bergwerkszeitung, hat es sich noch nicht herumgesprochen. Dort wird immer noch dreist und fr — — ich behauptet, der Arbeitsmarkt werde „entlastet“.

Daß die Scharfmachereien uns Geduld bis zum Frühjahr einflößen wollen, ist einerseits ein Zeichen dafür, daß sie an eine Belebung des Wirtschaftslebens im Gefolge der amerikanischen und deutschen Konjunkturmache selbst nicht glauben, und muß uns ein Signal sein — das sollten sich vor allem die SPD-Proleten hinter die Ohren schreiben! — für das Gegenteil, für den revolutionären Widerstand der ganzen Arbeiterklasse, energisch zu sorgen! Wenn die Scharfmacher ächzen: „Prolet bleibe geduldig!“, dann müssen wir rufen: „Prolet greif zu!“

Gegen Sowjet-Rußland

Britisch-Russischer Handelsvertrag gekündigt

Die englische Regierung hat den Handelsvertrag mit Sowjetrußland gekündigt.

Ueber Ursache und Zweck dieser Maßnahme gibt folgende Meldung Aufschluß:

WTB. London, 19. Oktober.

Zur Kündigung des britischen Handelsabkommens mit Sowjetrußland bemerkt „Financial Times“, der Beschluß der britischen Regierung richte sich nicht gegen den normalen Handel zwischen beiden Ländern. Der britische Markt könne für Sowjetrußland ebenso wie für andere Länder, bei denen die Herstellungspreise anormal niedrig seien, nicht in der bisherigen Weise zur Verfügung stehen. Die hierauf bezüglichen Schritte seien allgemeiner und nicht besonderer Art und hätten nichts mit politischen Erwägungen zu tun. Allerdings werde die Frage der Gewährung diplomatischer Immunität und diplomatischer Vorrechte an den russischen Handelsvertreter, seine beiden Stellvertreter und die Büros der Handelsdelegation, die stets als

schädlich für die britischen Handelsinteressen betrachtet worden sei, durch die Kündigung des Handelsabkommens von neuem aufgerollt (!) werden.

Von der GEG-Chemnitz

Der Allgemeine Konsumverein Chemnitz zahlte bisher jedes Jahr Rückvergütung an seine Mitglieder in einer Höhe von fünf Prozent. Mit der sich dauernd verschärfenden Krise, die auch an den Konsumvereinen nicht spurlos vorübergegangen ist, hat sich das Blättchen gewendet. Die Umsätze gehen beständig zurück, die Finanzlage ist so bedrohlich geworden, daß man gezwungen ist, die immer und jederzeit mit Recht gerühmte finanzielle Selbständigkeit aufzugeben und einen Kredit von einer Million Mark aus der Preußenkasse und 224 000 Mark aus der Notgemeinschaft der GEG anzunehmen.

Dabei sollen dem AKV die Bedingungen gestellt worden sein: 1. daß der bisherige Satz der Rückvergütung von 5 Prozent auf 3 Prozent gekürzt und 2. daß den Arbeitern und Angestellten des AKV und der GEG keine Rückvergütung (auch nicht in der Höhe von 3 Prozent!) ausbezahlt werden soll.

Da der AKV Wert darauf legt, diese Kredite zu erhalten, bemüht sich besonders der

erste Geschäftsführer, der Belegschaft beider Betriebe den Verzicht schmackhaft zu machen, wozu er auf Umwegen auf die Arbeiter und Angestellten einen leisen Druck auszuüben bestrebt ist. Der erste Geschäftsführer des AKV hatte die Aufgabe übernommen, den am Mittwoch in der Betriebsversammlung zahlreich erschienenen Angestellten und Arbeitern einzureden, daß es unumgänglich nötig sei, zugunsten des AKV auf die Rückvergütung zu verzichten. Herr Lauffmann, so heißt dieser sympathische Mann, machte seine Mitteilungen in einer Weise, die man beim besten Willen nicht anders bezeichnen kann als den schafelsten Herin-im-Hause-Standpunkt. Der Belegschaft wurde einfach mitgeteilt, daß sie keine Rückvergütung erhalten werde, damit basta!

Aber erstens kommt es immer anders und zweitens, als sich Herr Lauffmann das dachte. Es entwickelte sich eine lebhaft Diskussion. Jeder Diskussionsredner nahm gegen die Zustimmung scharfsten Stellung. Zur Ehre des Betriebsratsvorsitzenden sei gesagt, daß er in ausgezeichneter Weise das Vorgehen des AKV einer gründlichen Kritik unterzog. Er wies darauf hin, daß auch vom rechtlichen Standpunkt aus der AKV kein Recht habe, die Rückvergütung der Angestellten und Arbeiter einzubehalten. Aus diesem Grunde beantragte er eine namentliche und geheime Abstimmung, um festzustellen, wer von sich aus, freiwillig, auf die Auszahlung verzichten wolle. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme.

Der AKV-Vertreter Lauffmann hatte allem Anschein nach einen solchen Widerstand nicht erwartet. Nach einem sehr schwächlichen Schlußwort von 5 Minuten empfahl er sich auf französisch. Darauf fand die Abstimmung statt, wo die große Mehrheit gegen einen Verzicht stimmte.

Die Belegschaft der GEG tut vollkommen recht daran, sich gegen solche Sanierungsmaßnahmen auf ihre Kosten zur Wehr zu setzen. Darüber hinaus ist es aber auch Pflicht der übrigen Konsumvereinsmitglieder, darauf zu achten, daß solche jeder genossenschaftlichen Solidarität Hohn sprechende Maßnahmen im Keime erstickt werden, soll der Gedanke der proletarischen Selbsthilfe in der Form des Ausbaues und der Erhaltung der Konsumgenossenschaften nicht schwersten Schaden erleiden. Es ist tatsächlich an der Zeit, daß sich die Mitglieder etwas mehr um das kümmern, was hier von den maßgebenden Leitern dieser Unternehmungen geplant wird.

Reichsbahnarbeiter-Reverse ungültig!

Wichtige Entscheidung des Arbeitsgerichts

Berlin, 19. Oktober.

CNB. Das Arbeitsgericht Berlin hatte sich heute mit vier Klagen von Eisenbahnarbeitern gegen die Reichsbahn zu befassen. Im Frühjahr war einer sehr großen Anzahl sogenannter Stamarbeiter der Reichsbahn, die zum Teil schon über 30 Jahre tätig waren und bis dahin gewisse Sonderrechte hatten, ein Revers zur Unterschrift vorgelegt worden, der ihre Anstellung als Zeitarbeiter mit unbestimmter Beschäftigungsdauer und meistens auch eine Veretzung an eine andere Bahnmeisterei vorsah. Als nun auf Grund dieses Reverses die Entlassungen erfolgten, wurde die Klage auf Weiterbeschäftigung angestrengt, wobei die Gewerkschaften, auf deren Veranlassung die Klagen eingeleitet wurden, behaupteten, daß der Revers einen unzulässigen Verzicht auf zukünftige Rechte bedeute und deshalb gegenstandslos sei. Der Vertreter der beklagten Reichsbahn stellte sich jedoch auf den Standpunkt, daß die alten Stamarbeiter durch Anerkennung des neuen Arbeitsverhältnisses Zeitarbeiter geworden seien, die kein Einspruchsrecht auf Grund des Betriebsrätegesetzes hätten, weil es sich gewissermaßen um Hilfsarbeiter handele. Das Gericht teilte den Standpunkt der klagenden Eisenbahner und erklärte die Reverse für bedeutungslos.

Die Tomatenkommission

Nachdem die Kontingentierungskommission der deutschen Regierung bisher in allen Ländern abgeblitzt ist und soeben in Italien eine Abfuhr erlitten hat, ist sie jetzt in Paris angelangt, um dort gewiß nicht weniger erfolgreiche Verhandlungen zu führen.

Angesichts des Mißerfolgs der Tomatenkommission, d. h. der Tatsache, daß die ausländischen Regierungen jede freiwillige Anerkennung der deutschen Kontingentierung ablehnen bzw. mit Vergeltungsmaßnahmen drohen, verlangen „Grüne Front“ und Hugenberg verstärkt, daß die Verhandlungen mit den Ausländern eingestellt werden und einfach diktiert wird. Was daraus dann folgt, stört diese Patrioten nicht.

Erfolgreicher Streik in Fürth

Der achtstägige Streik der 400 Mann starken Belegschaft zweier Glasfabriken in Fürth in Bayern ist mit vollem Erfolg beendet worden. Die Lohnkürzung wird nicht durchgeführt, Maßregelungen finden nicht statt.

Verantwortlich: Paul Hännack, Breslau, inserate Herbert Scholz, Breslau, Verlag: Sozialistische Arbeiterzeitung, Breslau, Lohndruck Th. Schatzky, AG, Breslau, Neue Graupenstr. 7
Redaktion: Breslau, Kleine Holzstraße 3, 1. Treppen, Telefon 206 02.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen RM 2 10 und RM 0 36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen RM 2 10 und RM 0 35 Zustellgebühr. Unter Kreuzband RM 2 10 zuzüglich RM 1 30 Porto, monatlich.
Inseratenpreis: Berechnung erteilt zu Grund unseres Tarifs.

Der Weg aus der Krise

Unser Arbeitsbeschaffungsprogramm

Von
Eduard Weckerle.

Ein neuer Winter kündigt sich an, ein neuer Winter der Massenarbeitslosigkeit und damit des Massenelends. Nur mit Entsetzen vermag das Proletariat seinen Blick in die allernächste Zukunft zu richten. Nicht nur haben sich zu der schon riesenhaften Arbeitslosenarmee des vergangenen Winters noch weitere Millionen gesellt, sondern seitdem sind die Arbeitslosen auch des geringen Schutzes beraubt worden, den ihnen die Sozialversicherung damals noch bot. Wohl ist in dem vergangenen Jahr viel von Arbeitsbeschaffung gesprochen worden, aber praktisch ist nichts geschehen. Im Gegenteil: unter dem Vorwand, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, wurde noch neue Arbeitslosigkeit erzeugt. Das Schlagwort „Arbeitsbeschaffung“ diente der Bourgeoisie nur zur Verschleierung eines unerhörten Angriffs auf das Lebenshaltungsniveau der breiten Massen und einer weiteren Ausmühlung ihrer Kaufkraft. Jede Kaufkraftminderung erzeugt aber wieder neue Arbeitslosigkeit, und das Junkerkabinett Papen diese Politik der Kaufkraftminderung noch mit verschärften Methoden fortsetzt, so kann auch an ihrem Ende nur vermehrte Arbeitslosigkeit stehen.

Unbeschreibliche Schrecknisse haben die Menschheit auf ihrem bisherigen Weg begleitet. Hungermوت und Seuchen haben sie immer wieder dezimiert und ihren Aufstieg aufgehalten. Doch deren Ursachen lagen außerhalb des menschlichen Machtbereichs. Die Menschen hungerten, weil ihnen die Natur die Mittel zum Unterhalt verwehrte, sie litten aus Mangel. Die heutige Not hat andere Quellen: die Massen sind zum Müßiggang verurteilt, weil ihre Produktivität zu ungeahnter Entfaltung gebracht worden ist. Der Fluch, der über ihnen liegt, ist nicht eine Folge des Mangels, sondern eine Folge der Fülle. Sie darben nicht nur inmitten des Ueberflusses, sondern infolge dieses Ueberflusses. Den Händen wird Ruhe geboten, die Maschinerie stillgelegt aus Angst, die wachsende Fülle könnte die Preise und damit die Profite des Kapitals senken. Dies ist die einzige und wahre Ursache der herrschenden Arbeitslosigkeit. Der Kapitalismus ist in seiner Entwicklung an jenem von Marx in grandioser Vision schon im kommunistischen Manifest vorausgesehenen Punkt angelangt, in dem offen hervortritt, daß die Bourgeoisie unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bleiben und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als regelndes Gesetz aufzuzwingen. Sie ist unfähig, zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb der Sklaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabzuziehen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, d. h. ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft.

Das ist darum die Tatsache, die die herrschende Arbeitslosigkeit allen offenkundig macht: der Kapitalismus muß sterben, damit die Menschheit leben kann. Seine Zeit ist abgelaufen, die Stunde gehört dem Sozialismus. Die Bourgeoisie darf nicht länger die Gesellschaft beherrschen, sondern sie muß abgelöst werden durch das Proletariat. Nur dessen Aufstieg zur Herrschaft verhindert den Abstieg der Menschheit und ihre Auflösung in der Barbarei. Die Wahrung der Menschheitsinteressen liegt heute ausschließlich beim Proletariat, es hat die Erbschaft all derer zu übernehmen, die bisher die Menschheit emporgeführt haben. Jedes proletarische Arbeitsbeschaffungsprogramm muß darum über die bürgerliche Gesellschaftsordnung hinausführen. Alles andere wäre nicht nur Stückwerk, sondern müßte unvermeidlich zur Folge haben, daß die in der gegenwärtigen Krise zum offenen Ausbruch gekommenen Widersprüche des Kapitalismus sich nach kurzer Frist mit größerer Wucht wiederholen, daß die Arbeitermassen noch unsäglicheren Leiden und Verfolgungen ausgesetzt werden. Es gilt, bewußt die Aufgaben so abzustechen, daß an ihrem Ende eine neue Ordnung entsteht, in der die Produktion von den Fesseln des bürgerlichen Privateigentums befreit, der Weg zur vollen Entfaltung aller menschlichen Energien zum Segen der Gesamtheit freigelegt ist.

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm, das die SAP jetzt der Arbeiterschaft vorlegt, weist solche Aufgaben und Ziele. Es unterscheidet sich damit grundsätzlich von allem, was bisher an Arbeitsbeschaffungsprogrammen von anderen Arbeiterorganisationen entworfen worden ist. Nicht zuletzt von demjenigen der KPD, das zwar auch eine Reihe wichtiger und dringender Forderungen erhebt, aber keinen konkreten Weg weist, wie die Macht des Proletariats in den Wirtschaftsprozess einzuschalten ist, um diesen auf sozialistische Bahnen zu drängen. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der SPD und der Gewerkschaften erkennt die Notwendigkeit des Umbaus der Wirtschaft wohl an, will diese aber allein auf dem Umweg über den bürgerlichen Staat erreichen und beschränkt sich damit im wesentlichen auf rein parlamentarische Aktion. Unser Arbeitsbeschaffungsprogramm dagegen wendet sich unmittelbar und allein an die Arbeiterklasse. Es verweist auch nicht nur das Proletariat auf die Notwendigkeit, die politische Macht zu erobern, sondern sagt zugleich, wo und wie es

Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der SAP

„Die bürgerlichen Produktions- und Verkehrsverhältnisse, die bürgerlichen Eigentumsverhältnisse, die moderne bürgerliche Gesellschaft, die so gewaltige Produktions- und Verkehrsmittel hervorgezaubert hat, gleicht dem Hexenmeister, der die unterirdischen Gewalten nicht mehr zu beherrschen vermag, die er heraufbeschworen hat. Seit Dezenten ist die Geschichte der Industrie und des Handels nur die Geschichte der Empörung der modernen Produktivkräfte gegen die modernen Produktionsverhältnisse, gegen die Eigentumsverhältnisse, die die Lebensbedingungen der Bourgeoisie und ihrer Herrschaft sind. . . In den Krisen wird ein großer Teil nicht nur der erzeugten Produkte, sondern der bereits geschaffenen Produktivkräfte regelmäßig vernichtet, bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, die allen früheren Epochen als Widerstand erschienen wäre. — die Epidemie der Ueberproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in den Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungerpest, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben, die Industrie, der Handel scheinen vernichtet. Und warum? Weil sie zu viel Zivilisation, zu viel Lebensmittel, zu viel Industrie, zu viel Handel besitzt.“

I.

Vor bald hundert Jahren schleuderten Marx und Engels im kommunistischen Manifest diese Anklage gegen den Kapitalismus in die Welt. Seitdem hat der Kapitalismus seinen Eroberungszug um die ganze Welt durchgeführt. Die Produktivkräfte erlebten eine gigantische Erweiterung. Weit davon entfernt, das Los der Menschen zu erleichtern, hat diese Entwicklung nur die dem Kapitalismus immanente Widersprüche noch ins Grandiose und Unvorstellbare gesteigert. Heute, kaum vierzehn Jahre nach dem Weltkrieg, steht die kapitalistische Welt in der größten aller Erschütterungen. Weit über hundert Millionen Menschen, 25 Millionen Arbeitslose und ihre Familien, sind unmittelbar von ihr betroffen. Industrie, Handel und Kultur erleben einen Rückfall um viele Jahrzehnte. Alle Schrecken des Frühkapitalismus, genaunt mit der schärfsten politischen Unterdrückung und Reaktion, tauchen wieder auf, ein Drittel der Mensch-

heit wird durch sie beängstigt. Wieder verhungern bei vollen Scheunen die Menschen, wieder gehen an der Ueberfülle der Produktion Millionen zugrunde. Millionen Hände werden angesichts stillgelegter Fabriken zum Müßiggang gezwungen. Schon vier Jahre breitet diese Krise ihre Todeschatten aus, weit und breit winkt keine Hoffnung. Sollen die ungesättigten Millionen in der Welt, sollen die sieben Millionen Arbeitslosen in Deutschland zugrundegehen, sollen sie weiter die Schrittmacher des Lohndrucks, der weiteren Pauperisierung und zugleich ein Element der weiteren Verhärtung und Vertiefung der Krise sein?

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, für die Arbeitsbeschaffung ist zur brennendsten Lebensfrage der Arbeiterklasse geworden. Wie kann sie ihn bestehen, wie kann sie ihre geschichtliche Aufgabe lösen?

II.

Die Arbeitslosigkeit ist eine Begleiterscheinung des Kapitalismus und kann endgültig nur mit diesem und durch die Errichtung einer sozialistischen Wirtschaftsordnung beseitigt werden. Die Voraussetzung hierzu ist die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse. Die Forderung nach Beschaffung von Arbeitsplätzen ist schon im Aufstieg der kapitalistischen Entwicklung unzureichend, da die Krisen dem Kapitalismus immanent sind. Hundertmal mehr trifft dies auf die Niedergangsstufe zu, in der der Kapitalismus heute steht. Gleichwohl ist der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Arbeitslosigkeit zugleich ein Stück des Weges im Befreiungskampf des Proletariats. Angesichts der riesenhaften Zahl der heute aus der Arbeit Verdrängten und der noch größeren Zahl der an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit Interessierten wird er zur zentralen Tagesaufgabe der sozialistischen Bewegung. Der Sieg der Arbeiterklasse hängt entscheidend davon ab, ob sie versteht, die Massen für Arbeitsbeschaffungsforderungen zu mobilisieren. In dieser Frage haben die großen Arbeiterparteien und die gewerkschaftlichen Organisationen bisher versagt. Die KPD begnügt sich mit einigen improvisierten zusammenhanglosen Teilforderungen und der phrasenhaft wirkenden Propaganda eines Schemas des sozialistischen Aufbaues, ohne einen praktischen Weg zu weisen, wie dieser in Angriff zu nehmen ist. Die Sozialdemokratie wagt nicht, ein ihrer Stärke und dem immer noch vorzuhaltenden Einfluß der Gewerkschaften entsprechendes Programm auf die Tagesordnung zu setzen. Soweit sie in der letzten Zeit den immer stürmischer werdenden Drucke der arbeitslosen Masse nachgibt, beschränkt sie sich auf parlamentarische Anträge in der Richtung auf staatskapitalistische Eingriffe, die

III.

Gegen die Monopole

Ein Herd von Ursachen zusätzlicher Arbeitslosigkeit ist die Monopolindustrie. Dank ihres hohen Organisationsgrades, dank auch ihrer gesellschaftlichen Macht, diktiert sie die Preise auf dem Warenmarkt und das Warenpreinsniveau. Hierdurch wird die Lebenshaltung gesenkt, das dem Kapitalismus immanente Mißverhältnis zwischen Produktions- und Konsumkraft vergrößert, die Krise vertieft und verlängert. Eine schrankenlose staatliche Subventionswirtschaft, die Milliarden aus den Taschen der Steuerzahler zur Aufrechterhaltung auch der bankrotten Industrien verschlingt, fördert diese Politik. In der gleichen Richtung wirkt der ständig sich verschärfende Lohn- und Sozialleistungsabbau, sowie die künstliche Aufrechterhaltung einer durch die technische Entwicklung längst überholten Arbeitszeit.

seine Energie zu diesem Zweck einsetzen muß, nämlich im Produktionsprozess selbst durch die Erzwingung der Kontrolle über die Produktion. Auch für die Absatzschwierigkeiten weist unser Programm eine Lösung. Die den eigenen Bedarf überschneidende Produktion, namentlich der Produktionsmittelindustrien, ist in den Dienst des proletarischen Aufbaues in Sowjetrußland zu stellen, und zwar nicht wie heute, wo das Risiko durch Gewährung von Krediten und Garantien zwar auf die Öffentlichkeit abgewälzt wird, die Profite aber in die Taschen privater Unternehmer fließen, sondern unter Ausschaltung des Unternehmerrisikos und auf der Grundlage einer planmäßigen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion.

Die Forderungen selbst zielen darauf ab, den Kampf der Arbeiterklasse zunächst gegen jene Teile der kapitalistischen Wirtschaft zu lenken, deren Bestand und Erhaltung die Arbeitslosigkeit über das Maß hinaus steigert, das durch die kapitalistische Krise allein bedingt ist. Das ist das Monopol und Agrarkapital. Diesen beiden Kapitalgruppen ist es zuzuschreiben, daß die Lebenshaltung in Deutschland teurer ist wie in jedem andern vergleichbaren Industriestaat. Sie halten die Preise im Inland künstlich hoch, droessen entsprechend die Kaufkraft und vermehren demgemäß die Arbeitslosigkeit. Da Monopol- und Agrarkapital in Deutschland zugleich die herrschende Schicht der Bourgeoisie sind, haben sie von den Regierungen nicht nur keinen Widerstand zu fürchten, sondern sind diese im Gegenteil noch die Exekutoren der von ihnen verlangten Politik. Hat sich schon das Brüning-Kabinett als ein willfähriger Diener des Monopol- und Agrarkapitals erwiesen, so hat mit der Junkerregierung dieses selber die Macht im Staate ergriffen und treibt damit gerade jene Politik noch auf die Spitze, die schon bisher die Arbeitslosigkeit weit über das Ausmaß aller sonstigen Industriestaate — selbst das Paradies des Monopolkapitals, die Vereinigten Staaten von Amerika, nicht ausgenommen — verschärft hat. Diese Vormachtstellung des Monopol- und Agrarkapitals, deren Basis die gemeinsame erhöhte Ausplünderung der Arbeiterklasse ist, muß gebrochen werden. Indem darum unser Arbeitsbeschaffungsprogramm den Kampf gegen Monopol- und Agrarkapital in den Vordergrund stellt, führt es die Arbeiterschaft zugleich an die heute mächtigsten Stützen des Kapitalismus, und zwar unter Bedingungen, die es ihr ermöglichen, auch bürgerliche Mittel-schichten, die ebenfalls un-

ter dem Druck des Monopol- und Agrarkapitals gebeugt gehen, hierfür zu gewinnen und diese, wenn auch nicht zu einem Verbündeten zu machen, so doch wenigstens zu neutralisieren.

Monopol- und Agrarkapital sind es auch in erster Linie, denen die in den letzten Jahren eingerissene Subventionswirtschaft zugute kommt. Die Beträge, die auf diese Weise aus öffentlichen Kassen verpulvert werden, gehen schon heute in viele Milliarden. Angeblich dienen auch sie der Inganghaltung der Wirtschaft und damit indirekt der Erhaltung von Arbeitsgelegenheit, in Wirklichkeit sind sie nur die Ueberwälzung von Verlusten auf Staat, Länder und Gemeinden, und haben nur den Zweck, das Monopol- und Agrarkapital im uneingeschränkten Genuße seines Besitzes zu erhalten. Dem gleichen Zweck dienen die steigenden Industrie- und Agrarzölle, sowie die neuerdings von der Papierregierung angekündigten Kontingentierungen. Am offenkundigsten sind diese Zusammenhänge bei den agrarpolitischen Maßnahmen, über deren Wirkungen schrieb schon im vergangenen Jahre ein bürgerlicher Nationalökonom:

„Der Konsum eines ganzen Volkes wird fast erwürgt, die Steuerkraft einer ganzen Nation fast erdrückt, nur um diese rückständige und leistungsunfähige Agrarproduktion zu erhalten, die völlig sinnlos geworden ist angesichts der Ueberflüsse, die auf dem Weltmarkt der Käufer warten. Mit den Unsummen, die jahraus, jahrein der notleidenden Landwirtschaft in den Hals geworfen werden, ließe sich bequem das ganze Volk ernähren. (Carl Steuernmann in „Weltkrise — Weltwende“. S. Fischer-Verlag, Berlin.)

Nach Steuernmann betragen die Tribute, die die deutsche Bevölkerung allein auf Grund der Agrarzölle alljährlich der Landwirtschaft — und Landwirtschaft ist hier gleichbedeutend mit Großgrundbesitz — bringen muß, mehr als vier Milliarden Mark. Zählt man hierzu noch die der Landwirtschaft gewährten Subventionen, so wird die Mehrbelastung im Jahre noch um mindestens eine weitere Milliarde größer.

Es versteht sich, daß jede Arbeitsbeschaffung solange illusorisch bleiben muß, als diese Krisenherde nicht zugehört ist, da beide nicht nur von selber ausbrennen, sondern im Gegenteil die Tendenz haben, ihren versengenden Brand noch ständig weiter auszudehnen. Ein Keil treibt hier den andern. Jede Subvention weckt den Hunger nach weiteren, jede Zollerhöhung bereitet eine neue vor.

Erfolgreich wird indessen auch dieser

Kampf gegen Monopol- und Agrarkapital nur geführt, wenn die Arbeiterschaft zunächst dort, wo sie steht — in Fabrik und Betrieb — ihre Rechte erweitert, sich gegen jede Lohnkürzung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auflehnt und sich in ihren Aktionen zugleich auch für eine Verbesserung des Loses der Arbeitslosen einsetzt, damit ihre Solidarität mit diesen beweisend. Alle diese Kämpfe erfordern von der Arbeiterschaft ein Höchstmaß an Disziplin. Das Proletariat kann diese Kämpfe nur bestehen, wenn es in größter Geschlossenheit und nach einer einheitlichen Marschroute vorgeht. Ausgehend von dieser Erkenntnis, stellt unser Arbeitsbeschaffungsprogramm den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ausdrücklich als ein Problem der Klasse. Keine Partei und keine Organisation, so groß sie auch immer sein mag, genießt heute die Autorität, die zur Erfüllung der jetzt zwingend gewordenen Aufgabe unbedingte Voraussetzung ist. Keine Partei und keine Organisation hat darum heute die Befugnis, selbständig und allein der Arbeiterschaft Marschbefehle zu geben. Wer sich dessen dennoch unterläßt, vergeht sich gegen die gesamte Arbeiterschaft. Unser Programm fordert darum das engste Zusammenwirken aller Organisationen der klassenbewußten Arbeiterschaft, ohne Unterschied der politischen Richtung, und verlangt demgemäß die Bildung eines Arbeitsbeschaffungsausschusses, der als Generalkomitee im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zu fungieren hätte. Es darf nicht sein, daß Parteien und Organisationen auch in dieser brennendsten Frage noch länger selbständig vorgehen, ohne auch nur den Versuch eines Zusammenwirkens zu machen. Das Ende wäre nicht der Sieg einer Partei, sondern die endgültige Niederlage der gesamten Arbeiterklasse auf Jahrzehnte hinaus. Die herrschende Zerklüftung, die konstante und hartnäckige Weigerung sowohl der SPD als auch der KPD, sich zur unaufschiebbaren gewordenen Tat zu verbinden, hat der Arbeiterklasse wahrhaft genug Nackenschläge eingebracht, als daß diese Politik von den Arbeitermassen noch weiter geduldet werden darf. Ueberall gilt es daher, gestützt auf das von der SAP jetzt vorgelegte Arbeitsbeschaffungsprogramm, in allen Organisationen für die Schaffung dieser gemeinsamen Front im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit einzutreten.

Der Schrei nach Arbeit muß ausgeweitet werden zu einem Massenschrei nach der proletarischen Einheitsfront und darüber hinaus zu einem Massenschrei nach dem Sozialismus.

In früheren Krisen sanken die Preise schneller als die Löhne, in der gegenwärtigen ist es umgekehrt. Die heutige Papenische Wirtschaftsverordnung setzt diese Politik scharf fort. Sie ist eine Kombination von herabfordernder Subventionswirtschaft und brutalem Lohnraub.

Als wichtigste und vordringlichste Forderung des Arbeitbeschaffungsprogramms erscheint daher:

der Kampf gegen Lohnabbau, der Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit und der Kampf gegen den Sozialabbau, kurz der Kampf für einen höheren Anteil der Arbeiterklasse am Sozialprodukt. Das bedeutet zugleich Kampf gegen alle Subventionen.

IV.

Gegen den Agrarprotektionismus

Unermesslich sind weiter die katastrophalen Wirkungen des Agrarprotektionismus. Gestützt auf die hohen Zölle erzwingt das Agrarkapital seit Jahren über dem Weltmarktniveau liegende Preise. Demgemäß wird die Kaufkraft der Massen für industrielle Produkte alljährlich um Milliarden künstlich gedrosselt, was ebenfalls zu einer zusätzlichen Arbeitslosigkeit führt. In derselben Richtung wirken alle der Großlandwirtschaft direkt und indirekt gewährten Subventionen, da auch diese den Massen wieder als Steuern aufgebürdet werden. Gleichzeitig verschlechtern alle handelspolitischen Schutzmaßnahmen für die Landwirtschaft die Chancen des industriellen Exports. Schon bisher betrug die Mehrbelastung der deutschen Bevölkerung allein infolge Agrarzölle über 4 Milliarden Mark im Jahre, die sich bei Hinzurechnung der Subventionen noch um mindestens eine weitere Milliarde RM. erhöhen. Das bedeutet Senkung der Kaufkraft für nichtlandwirtschaftliche Produkte um den gleichen Betrag, das bedeutet die Vermehrung der industriellen Arbeitslosigkeit um viele Hunderttausende, da der Hauptteil dieses Betrages zur Erhaltung junkerlicher Bankrottbetriebe dient. Die Papenischen Kontingentierungen, auf die die ausländischen Abnehmer deutscher Industrieprodukte mit Repressalien antworten, beschwören die Gefahr einer völligen Blockierung der deutschen Industrie auf den Weltmarkt herauf, neue Hunderttausende Arbeitslose müssen die Folge sein. Zugleich wird die Krise im Weltmaßstab ungeheuerlich verschärft.

V.

Gegen die Ausgaben für den Unterdrückungs- und Machtapparat

Im Maße, wie die Arbeitslosigkeit wächst, nehmen auch die Ausgaben der herrschenden Klasse für die Aufblähung des unproduktiven Herrschafts- und Unterdrückungsapparates zu. Unter dem Schlagwort der Verbilligung und der Vereinfachung werden in Wirklichkeit Unsummen für die Verärterung der bestehenden, den Ausbau neuer Machtapparate hinausgeworfen; zugleich wachsen offene und versteckte Rüstungen ins Uferlose und belasten die Bevölkerung mit den Kosten eines kommenden imperialistischen Abenteuer. Auch der sogenannte Freiwillige Arbeitsdienst, die sogenannte „Jugendertüchtigung“ usw. verfolgen keinen anderen Zweck, als Kader-

bildung für den imperialistischen Apparat und Schaffung einer organisierten Lohn-drucker- und Streikbrecherarmee. In den etwa 15 Milliarden, die heute für den Unterdrückungsapparat, für Militär, Rüstungen, Polizei, Gerichte, Gefängnisse, Staatspensionäre dieses Unterdrückungsapparates, Kirchen, reaktionäre Gesellschaften, Pfanden für die ehemaligen Fürsten d. h. die Spitzen des früheren Unterdrückungsapparates usw. auszugeben werden, stecken rund 1/4 unproduktiver Ausgaben, die die Gesellschaft nur aufwenden muß, um die Herrschaft einer dünnen Oberschicht, deren Profit und Eigentum, gegen eine sozialistische Umgestaltung zu sichern. Dieser Apparat ist parasitär wie die Monopolkapitalisten und Junker, die er beschützt, die Kosten für seine Erhaltung schmälern entsprechend die Lohnmöglichkeiten der breiten Masse, als steigern die Arbeitslosigkeit.

VI.

Verkürzung der Arbeitszeit

Als wichtigste und vordringlichste Forderung des Arbeitbeschaffungsprogramms erscheint aber die Verkürzung der Arbeitszeit. Die gewaltige Vermehrung des technischen Produktionsapparates bei gleichzeitiger Steigerung der Produktivität macht jeden Versuch einer Rückführung der Arbeitslosen in den Produktionsprozess ohne generelle weitgehende Arbeitszeitverkürzung illusorisch. Selbst im Jahre der Hochkonjunktur 1929 betrug die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt nahezu zwei Millionen, was unter Zugrundelegung einer 48stündigen Arbeitswoche einer Brachlegung von roh gerechnet fünf Milliarden Arbeitstunden entspricht. Wäre in Zeiten der Konjunktur der Sechsstundentag die oberste Grenze der Arbeitszeit, so müßte diese heute in der Krise auf sechs oder gar fünf Stunden reduziert werden. Jede Stunde generelle Arbeitszeitverkürzung bedeutet etwa die Wiedereingliederung einer Million Arbeitsloser in die Produktion.

Das faschistische Italien und das hochkapitalistische Amerika gehen bereits zur Vierzigstundenswoche über. Für die deutsche Arbeiterklasse ergibt sich die Einführung des Sechstundentages als Mindestforderung.

VII.

Kampf gegen Lohnabbau

Obleich die Reallohne in Deutschland nie wieder die Friedenshöhe erreicht hatten, betrug doch das Lohninkommen der arbeitenden Massen im Jahre 1929 über 40 Milliarden. Heute ist es erheblich unter die Hälfte gefallen und fällt weiter. Ohne die sofortige Beendigung weiterer Kürzungen und die Wiederherstellung des Lohninkommens gibt es keine wesentliche Rückführung von Arbeitslosen in die Produktion. Jede Milliarde Verhinderung neuen Lohnraubs bedeutet die Erhaltung einer Million Arbeiter im Produktionsprozess. Daher gemeinsamer Kampf um die Abwehr der Papenischen Lohnkürzungen, um die Verteidigung der Tarifverträge, Arbeitszeitverkürzung nur bei vollem Lohnausgleich.

VIII.

Gegen die Zölle

Ebenso wie Agrarzölle führen auch alle Industriezölle nicht zu einem Schutze der Wirtschaft, sondern nur zu einem Schutz bestehender Eigentumsverhältnisse und wirken demgemäß verteuern auf die Lebenshaltung,

die Kaufkraft schwächen. Sie verhindern das Einströmen billiger Weltmarktprodukte und verschaffen den von ihnen geschützten Wirtschaftsunternehmen einen zusätzlichen Gewinn. Abbau der Zölle bis zu ihrer vollständigen Beseitigung muß sich darum ebenfalls als ein wirksamer Hebel zur Verminderung der bestehenden Arbeitslosigkeit erweisen.

IX.

Kampf gegen Sozialabbau

Das durchschnittliche Versicherungseinkommen des Arbeitslosen noch in der Aera Brüning betrug etwa 20 Mark wöchentlich. Die Leistungen sind bei stark erhöhten Beiträgen im Durchschnitt auf ein Drittel gesunken. Ähnlich verhält es sich bei allen sozialen Versicherungen. Dieser Leistungsabbau ist somit eine Quelle neuer Arbeitslosigkeit. Das Arbeitbeschaffungsprogramm erfordert daher als nächste Mindestmaßnahme Wiederherstellung der vor den Kürzungen in Geltung gewesenen Bezüge.

X.

Fortführung stillgelegter Betriebe

Während die Regierung Milliardensummen zur Subventionierung des Monopolkapitals und der bankrotten Landwirtschaft aufwendet (im 1. April 1932 betragen allein die gewährten Darlehen 880 Millionen Mark, die Reichsgarantien 1660 Millionen, ungenutzt die laufenden Subventionen, die gestundeten Steuer- und Zölbeträge usw. usw.), geht die Stilllegung der Betriebe weiter. Auch die Papenische Arbeitbeschaffungsprämie führt allenfalls nur zu einer Verschiebung der Arbeitsplätze. Das Arbeitbeschaffungsprogramm der Arbeiterklasse muß darum enthalten:

a) das generelle Verbot weiterer Stilllegungen, die Finanzierung zur Weiterführung durch Bereitstellung öffentlicher Mittel, die Weiterführung selbst unter Ausschaltung des Unternehmerprofits auf öffentliche Rechnung unter Kontrolle der Betriebsräte und Gewerkschaften, b) die systematische Öffnung der ganz und teilweise stillgelegten Betriebe mit den gleichen Mitteln und unter der gleichen Kontrolle ohne Entschädigung an die Eigentümer, c) die Enteignung und Verstaatlichung der Schlüsselindustrien, der Großbanken (allein die Sanierung der Großbanken kostete das Reich über eine Milliarde Mark) und des Großgrundbesitzes, d) die Inangriffnahme großzügiger Notstandsarbeiten, die vor allem der Erhaltung bestehender Einrichtungen, der Befriedigung des Bedarfs an Wohnungen, öffentlichen Einrichtungen (Schulen, Volkshäuser, Bibliotheken usw.), ferner einem planmäßigen Ausbau der Energiewirtschaft, des Verkehrs, Meliorationen und Bodenkultivierungen zu dienen haben, in eigene Regie unter Ausschaltung der Profitwirtschaft. Der konkrete Plan dieser Notstandsarbeiten kann auch im Umriß nur das Resultat eines Zusammenwirkens von Arbeiterorganisationen, Gemeinden und Konsumenten (Mitgliederorganisationen der Konsum- und Produktions-Genossenschaften, Mietervereine usw.) sein.

e) Lieferungen an Rußland

Eine sofortige Erweiterung des Marktes der Schwerindustrie und damit des Marktes

überhaupt ist möglich durch den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion. Die Sowjetunion ist heute der stärkste Abnehmer deutscher Industrieprodukte. Der deutsche Ausführüberschuß im Handel mit der Sowjetunion betrug sich in den ersten sieben Monaten 1932 auf 200 Millionen, er dürfte im Laufe des Jahres auf 500 Millionen Mark anwachsen. Bei dem starken Bedarf der Sowjetunion ist die weitere Steigerung dieser gewaltigen Lieferungen, die Hunderttausenden von Arbeitern Deutschlands Beschäftigung verschaffen, nur eine Frage der planmäßigen Ausgestaltung der Zusammenarbeit mit der Sowjetwirtschaft des zweiten Fünfjahresplans. Unzählige Betriebe könnten sofort voll in Gang gesetzt werden, ein allseitiger Plan der Zusammenarbeit auf weitere Dauer der Arbeitslosigkeit Deutschlands sogar entscheidend vermindern. Wahrhaft große Perspektiven eröffnet ein solches Zusammenwirken, wenn es auf der Grundlage der Ausschaltung des privaten Unternehmerprofits, mit öffentlichen Krediten unter Kontrolle der Gewerkschaften, Betriebsräte und Arbeiterorganisationen erfolgt. Dies zu verwirklichen, muß einen entscheidenden Bestandteil des Arbeitbeschaffungsprogramms bilden.

XI.

Finanzierung

Finanzierung der vorbeschriebenen Arbeitbeschaffungsmaßnahmen durch

- Einstellung und Rückzahlung der Subventionen,
- Einstellung rückständiger Steuer-schulden auf den Besitz,
- Abbau der Kosten für den Herrschaftsapparat, vor allem des Wehretats, gestundeter Zölle usw.,
- Generelle Einstellung aller Zahlungen an die abgesetzten Fürstentümer, Kirchen, reaktionäre Gesellschaften, und für den offiziellen Propaganda-Apparat (Rundfunk, Film, Presse usw.),
- Einschneidende Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen auf die Höhe der Löhne für qualifizierte Arbeiter,
- Erhebung eines Notopfers auf dem Besitz,
- Erhöhung der Steuern auf arbeitsloses Einkommen aus Besitz, sowie der Erbschaftsteuer, Konfiskation bei Kapital- und Steuerflucht,
- Auflegung einer Zwangsanleihe.

XII.

Durchführung

Die Arbeitslosigkeit ist ein Problem der gesamten Arbeiterklasse. Der erfolgreiche Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bedingt darum das engste Zusammenwirken aller Arbeiterorganisationen ohne Unterschied der politischen Richtung. Als nächste Forderung ergibt sich daher die Bildung eines Arbeitbeschaffungsausschusses aller Arbeiterorganisationen, dessen Aufgabe es sein muß, die näheren Details auszuarbeiten und unter Führung der freien Gewerkschaften eine allgemeine Kampagne hierfür in die Wege zu leiten, um so die Voraussetzung für einen wirksamen außerparlamentarischen Klassenkampf und einer politischen Aktion des gesamten Proletariats zu schaffen. Nur eine Arbeiterregierung, gestützt auf die proletarische Gesamtbewegung und ihre außerparlamentarische Aktion kann die Durchführung des Gesamtprogramms verwirklichen.

Diktatur-Republikaner

Ein Verfassungsentwurf des „Demokraten“ Schiffer

Das klingt zwar paradox. Aber es ist schließlich auch paradox, wenn man sieht, wie ein so „aufrichtiger Demokrat“ wie der ehemalige Reichsjustizminister Eugen Schiffer sich in einer 54 Seiten umfassenden Broschüre abmüht, die Notwendigkeit einer neuen Verfassung für das deutsche Reich nachzuweisen. Eugen Schiffer gehörte zwei Reichsregierungen der Nachkriegszeit an. Er ist längere Zeit Abgeordneter im Reichstag und im preussischen Landtag für die demokratische Partei gewesen.

Seine soeben im Verlag Hobbings-Berlin erschienene Broschüre „Die neue Verfassung des deutschen Reiches“ dient der Konterrevolution trefflich zur Begründung des notwendigen Verfassungsumbaues im Papenischen Sinne. Es ist köstlich zu lesen, welche Stellung Schiffer zur gegenwärtigen Verfassungsdiskussion einnimmt, wenn er sagt: „Man ist sich darüber klar und einig, daß es mit der Verfassung so, wie sie ist, auf die Dauer nicht weiter geht; daß sie zurecht gerückt und zurecht gebogen werden muß, um den Bedürfnissen zu genügen. Aber wenn es nun mit ihrer Biegsamkeit zu Ende ist und sie sich nicht mehr weiter biegen läßt? Ist dann nicht zu besorgen, daß sie gebrochen werden wird — und was kommt darauf? Das weiß kein Mensch. Dieser dunklen Eventualität gilt es vorzubeugen.“

Schiffer ist der Meinung, daß vier wesentliche Punkte in der neuen Verfassung, die nach seiner Auffassung eine Notwendigkeit ist, enthalten sein müssen:

- die republikanische Staatsform,
- die Aufrechterhaltung der „Demokratie“,
- das Parlament und
- die weitere Existenz der politischen Parteien.

Die Art aber, wie er die Funktionen des Parlaments und der Parteien in der neuen Verfassung gestaltet wissen will, ist ein Beweis dafür, daß es dem Großbürgertum bei dem gegenwärtigen Stande der Entwicklung darauf ankommt, immer noch „die demokratische Form“, und sei es auch bloß zum

Schein, gegen die rebellierende Arbeiterklasse aufrecht erhalten zu wissen.

Konkret fordert er an Hand eines Verfassungsentwurfes folgendes:

Im Artikel 5 verlangt er, daß die Staatsgewalt ausschließlich vom Reichspräsidenten ausgeübt wird. Also ein verfassungsmäßiger Ausbau der Diktatur. Ferner fordert er, wie auch Papen das wünscht, eine erste und zweite Kammer. Außerdem heißt es im Ar-

Achtung!

Morgen Sondernummer für die Landagitation! Heraus zur Werbung!

Achtung!

tikel 29 dieses Entwurfes kurz und lakonisch: „Der Reichspräsident kann den Reichstag auflösen.“ Also der Reichspräsident ist der Zentralkern der neuen Staatsform.

An sich entspricht diese Auffassung Schiffers durchaus den in der Praxis deutlich gewordenen Gepflogenheiten. Neu, wenn auch für uns nicht verwunderlich, ist jedoch, daß ausgerechnet „ein Demokrat“ diese Pläne verleiht und damit offen ins Lager der Konterrevolution übergeht. Dieses Beispiel ist ein Beweis für die Richtigkeit der marxistischen Auffassung, daß sich im weiteren Verlauf der kapitalistischen Produktion klar und für jeden sichtbar die Klassenscheidung nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht vollzieht.

Facit: Staatspartei = Diktatur-Republikaner. Hegla.

Sozialistenverfolgung in Peru

Das internationale Büro des Vereins sozialistischer Aerzte übermittelt uns folgende Notiz:

Die Aufmerksamkeit der deutschen sozialistischen Presse sei hiermit auf die brutale Militärdiktatur in Peru gelenkt, unter der die Sozialisten in einer in der Geschichte dieses Landes noch nicht dagewesenen Weise leiden. Erschließungen, Ermordungen und Verfolgungen sind an der Tagesordnung und richten sich gegen Anhänger aller Oppositionsparteien. Vor einem Monat wurden in der Stadt Trujillo zahlreiche Mitglieder der Partei Apra (gemäßigte sozialistische Partei) er-

schossen und ermordet. Die offene Stadt wurde von Fliegern bombardiert. In der Stadt Huarez wurden acht Mitglieder derselben Partei zum Tode verurteilt, fünf davon wurden erschossen, darunter ein tüchtiger Arzt und leidenschaftlicher Sozialist, Dr. Carlos Phillips. Vor kurzem sind auch acht Matrosen der Kriegsmarine erschossen worden.

Ein im vorigen Monat gegründeter Landesverband der Sozialistischen Aerzte wurde sofort wieder aufgelöst. Dem Organisationskomitee wurde unter Androhung jeder sozialistische Propaganda, auch in der medizinischen Zeitschrift, verboten.

Die führenden Männer des Regierungsterrors heißen: Comandante Luis Sanchez, Polizeiminister Luis Flores und der Präfekt Chavez Cabello. Diese Namen, die unsere Genossen für eine Schande für Peru und Südamerika halten, sollen auch den deutschen Sozialisten bekannt werden.

Staat und Kirche in Spanien

Madrid, 18. Oktober.

WTB. Der Justizminister gab heute im Parlament den Gesetzentwurf über die Religionsgesellschaften bekannt. Der Staat garantiert volle Gewissensfreiheit und freie Ausübung der einzelnen Kulte in den Gotteshäusern sämtlicher Konfessionen. Religiöse Kundgebungen außerhalb der Gotteshäuser bedürfen der behördlichen Genehmigung. Alle amtierenden Geistlichen müssen die spanische Nationalität besitzen. Sämtliche für den katholischen Kultus bestimmten Gotteshäuser, Bischofsitze, Seminarien, Klöster und sonstige Gebäude mit allen für die Ausübung des Kultus notwendigen Einrichtungen werden zum Eigentum der Nation erklärt, jedoch der Kirche für ihre religiösen Zwecke zur Verfügung gestellt. Eigenbesitz dürfen die Religionsgesellschaften künftig nur zu rein religiösen Zwecken und auch nur im Rahmen des unbedingt notwendigen erwerben. Die Errichtung von Anstalten für die Heranbildung von Geistlichen wird erlaubt, soweit der Unterricht nicht gegen die Sicherheit des Staates verstößt. Die Religionsgesellschaften dürfen sich politisch nicht betätigen. Ihre Statuten bedürfen der Genehmigung der Regierung. Die direkte oder indirekte Beilegung von Handel, Industrie

und Landwirtschaft ist den Religionsgesellschaften verboten, ebenso die Erteilung von Unterricht. Angehörige von Religionsgesellschaften, die diese verlassen wollen, genießen den Schutz des Staates.

Gesinnungsterror in der II. Internationale

Nachdem der Vorstand der französischen Sozialdemokratie schon vor einiger Zeit disziplinarische Maßnahmen gegen die Genossen beschlossen hatte, die an den Komitees des Amsterdamer Antikriegskongresses mitarbeiten, hat jetzt der Parteivorstand der Schweizer Sozialdemokratie mit 36 gegen 4 Stimmen einen entsprechenden Beschluß gefaßt. Es wird dort erklärt, die Zugehörigkeit zu Komitees, die ihren Ursprung vom Amsterdamer Kongreß herleiten, sei künftig mit der Parteimitgliedschaft unvereinbar.

Dieser Beschluß hat wahrscheinlich größere praktische Bedeutung, weil auf dem Amsterdamer Kongreß eine Anzahl sehr aktiver Genossen der Schweizer Sozialdemokratie anwesend waren. Die Zustimmungserklärung der Mitglieder der II. Internationale wurde auf diesem Kongreß von dem Führer der Genfer Sozialdemokratie, Gen. Nicole, verlesen.

Kommunistenverfolgung in Polen

Warschau, 18. Oktober.

O. N. Die Warschauer politische Polizei hat den Verband der polnischen Jugend, der die Spitze der kommunistischen Vereinigungen in Polen bildet, aufgelöst. Die Polizei hat 19 Personen, meistens Studenten, verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich auch mehrere Frauen.

Moratorium in Bolivien

Santiago de Chile, 18. Oktober.

WTB. Nach Meldungen aus La Paz hat die Regierung von Bolivien ein einjähriges Moratorium für Bank- und Privatschulden erklärt. Trotz dem Bankrott hat aber der Staat Geld zum Kriegführen.

Hannover-Braunschweig zum Kampf bereit

Zur politischen Aussprache und zur Vorbereitung des Reichstagswahlkampfes waren die Bezirke Hannover und Braunschweig zu einem gemeinsamen Bezirksparteitag zusammengekommen.

Gen. Hans Gostomsky, Berlin, hielt das politische Referat.

In der Diskussion wurden zwar über die Wahlbeteiligung verschiedene Ansichten geäußert, es herrschte aber Einmütigkeit darüber, daß auf jeden Fall Aktionsdisziplin gewahrt werden müsse. Nach dem Schlusswort des Gen. Gostomsky wurden folgende Entschlüsse einstimmig angenommen:

1. Die politische Situation und die Aufgaben der SAP

„Die gemeinsame Bezirkskonferenz Braunschweig und Hannover der SAP erblickt in der Tatsache, daß einer entschlossenen, konterrevolutionären, imperialistischen Diktaturregierung eine aktionsunfähige Arbeiterklasse gegenübersteht, den vollständigen Bankrott der reformistischen Politik der SPD und des ultralinken Kurses der KPD.

Die Warner und Kritiker, die SPD und KPD in den letzten Jahren von den falschen Wegen ihrer Politik abzubringen versuchten, wurden kaltgestellt und ausgeschlossen. Diese Kräfte, die sich zum Kampf für den Sozialismus auf der Grundlage des revolutionären Marxismus in der SAP zusammengeschlossen haben, haben mit ihrer Voraussetzung der politischen Entwicklung hundertprozentig recht behalten. Die Bezirkskonferenz ist der Überzeugung, daß eine Wiedergesundung der deutschen Arbeiterbewegung zu einem machtvollen Faktor der deutschen und der Weltpolitik allein auf der Grundlage des Aktionsprogramms und der Prinzipienklärung der SAP erfolgen kann.

Bei Anerkennung aller Schwierigkeiten, die sich für unsere junge Partei aus den sich häufenden Wahlkämpfen ergeben, und unter Ablehnung aller parlamentarischen Illusionen, verpflichten sich die Bezirke Hannover und Braunschweig, diesen Wahlkampf im Sinne der Entschließung der Gesamtpartei zu führen. Die SAP muß heilscharfer Abgrenzung gegen SPD und KPD ihre eigene politische Linie verfolgen.“

2. Für Schaffung eines zentralen Organisationsbüros

„Die bisherige Zusammenarbeit zwischen Hauptvorstand der Partei und Bezirksleitungen resp. Ortsgruppen ist den wachsenden Anforderungen nicht genügend gerecht geworden.

Die wichtigste Voraussetzung für eine Abstellung dieses Mangels erblicken wir in der Schaffung eines zentralen Sekretariats der Partei.

Die Bezirkskonferenz Braunschweig-Hannover schließt sich deshalb der dahingehenden Forderung verschiedener Bezirke an und erwartet, daß der geschäftsführende Hauptvorstand ungeachtet andergearteter Beschlüsse des erweiterten Parteivorstandes dieser Notwendigkeit Rechnung trägt, nachdem nun schon eine große Anzahl der Bezirke diese Forderung erhoben hat.

Dem Parteivorstand wird nahegelegt, eine Befragung aller Bezirksleitungen in dieser Angelegenheit vorzunehmen.“

Weiter wurde eine Entschlüsselung angenommen, die sich mit dem Verhalten des Genossen Ziegler auf dem DMV-Verbandstag in Dortmund befaßt und feststellt, daß es unbedingt notwendig ist, in der Gewerkschaftsfrage eine ganz klare Linie einzuhalten.

In Punkte Vorbereitungen zum Reichstagswahlkampf billigte der Bezirksparteitag die Entscheidungen der Bezirksleitungen, wieder die alte Liste zu nominieren.

Die Kandidaten für den Wahlkreis Süd-Hannover-Braunschweig sind:

1. Max Seydewitz, Berlin, Redakteur
2. Kurt Rosenfeld, Berlin, Rechtsanwalt
3. Klaus Zwelling, Berlin, Redakteur
4. Rudolf Wiesener, Braunschweig, Buchdrucker
5. Richard Brenning, Peine, Justizangestellter
6. Heinrich Meyfeld, Hannover, Schlosser.

Die zum Wahlkreis Ost-Hannover gehörenden Ortsgruppen des Bezirkes Hannover kritisierten das Ausbleiben eines Wahlvorschlages bei der letzten Reichstagswahl und verlangten

unter allen Umständen die Einreichung einer Liste bei dieser Reichstagswahl. Die Bezirksleitung Hamburg hat den Bezirk Hannover diesmal mit der Einreichung der Personalitäten beauftragt. Der Einfachheit halber wurde beschlossen, als Spitzenkandidaten dieselben wie für den Wahlkreis Süd-Hannover-Braunschweig zu nehmen. Außerdem kommt auf die Liste der Gen. Heppner aus Celle und evtl. Vorschläge aus dem Bremer Bezirk.

Wenn uns auch keine finanziellen Mittel zu einer großzügigen Propaganda zur Verfügung stehen und wir den Wahlkampf auch nicht als ein Bühnen um Stimmen für uns betrachten, so war sich der Bezirksparteitag doch darin einig, daß alles versucht werden müsse, eine Stärkung der Organisation zu erreichen, damit wir einen Schritt vorwärts zur Erfüllung unserer Aufgaben machen können.

Der erfolgreiche Bezirksparteitag wurde mit einem kräftigen „Kampfbereit“ geschlossen. Ga.

Diese Männer passen zur SPD-Politik!

Sozialdemokratisches aus Schleswig-Holstein

Am letzten Sonntag hielt die SPD, Bezirk Schleswig-Holstein, ihren Bezirksparteitag in Neumünster ab. Zu dieser Tagung hatte man sich den „linken“ Breitscheid als Sensation des Tages herangeholt. Dieses äußere Merkmal, daß man sogar einen sogenannten „Linken“ als Referenten sprechen ließ, war schon ein Wunder, da man sonst in Schleswig-Holstein nur Männer vom Schlage Hellmanns zu hören bekam; das zeigte schon, daß etwas in Schleswig-Holstein nicht in Ordnung war. Und fürwahr, es stimmte auch etwas nicht. Seit der letzten Reichstagswahl hat nämlich der große Führer und frühere Parteipräsident Eggerstedt (Altona) ein paar Arbeiterleben auf dem Gewissen. Bis tief in die Reihen der sozialdemokratischen Arbeiterschaft war ein Mißtrauen gegen diesen Mann vorhanden. Zum „Pech“ war er nun aber

auch Vertreter im „Deutschen Reichstheater“. Was war zu tun, diesen für die Reaktion bewährten Mann konnte die SPD-Bürokratie doch nicht fallen lassen? Ein Bezirksparteitag mußte deshalb steigen, um dem großen Führer das „Vertrauen“ auszusprechen. Die Parteiorganisation der SPD in Altona stellte Eggerstedt ein Mißtrauen aus und verlangte, daß E. nicht wieder aufgestellt würde. In Kiel (im übrigen war er schon von Altona nach Kiel geflüchtet, um ehrenamtlich einen Posten als Parteisekretär zu bekleiden — in Altona war der Boden zu heiß) wurde er von seinen eigenen Parteigenossen in Versammlungen niedergeschrien.

Der Parteitag stieg. Die Sozialdemokratische Schleswig-Holsteinische Volkszeitung und das Hamburger Echo triumphierte „Mit alter Liste — in den neuen Kampf!“

„Der Bezirksparteitag der Sozialdemokratie Schleswig-Holstein beschloß gestern für die Wahl am 6. November die im Kampfe bereits bewährte Liste unserer Reichstagskandidaten in Vorschlag zu bringen.“ Die Frauen und Männer des „arbeitenden“ Volkes für den kommenden Reichstag sind: 1. Louise Schröder, 2. Otto Eggerstedt, 3. Max Richter, 4. Louis Blester usw.“

Eggerstedt wiedergewählt! Man suchte nun vergebens in den beiden obengenannten SPD-Zeitungen wie das zustande gekommen war. Wenn man früher auch nur das von parteivorstandsfrommen Genossen Gesagte in der Zeitung zu lesen bekam, so stand diesmal außer dem Referat Rudis und den Kandidaten überhaupt nichts weiter von der ganzen Bezirksstagung, auch nicht einmal das Abstimmungsergebnis. Eggerstedt wurde nämlich sogar von den äußerst gesichteten Delegierten mit nur zirka 60 gegen 30 Stimmen gewählt.

Als würdige Genossen passen die anderen Kandidaten zu Eggerstedt. Louis Blester, ein besonderer Hasser und Bekämpfer — allerdings ohne Erfolg — der SAP, und Max Richter aus Neumünster, der Streikbewerber und Lohnabbaschlucker und noch dazu katholischer Sozialist — Papas Vereingenosse — ist. Die Tagung hat im übrigen wieder einmal bewiesen, wie es mit dem „Kampf der Sozialdemokratie“ bestellt ist, sie reiht sich würdig in die Chronik der Schleswig-Holsteiner SPD ein.

Für die Arbeiterschaft kann es nur geben: Abkehr von diesen „Führern“, Abkehr von der Politik dieser Partei, Einreihung in die Front der revolutionären Arbeiterschaft und Wahl der Kandidaten der Sozialistischen Arbeiterpartei!

Beantragung von Stimm Scheinen

Bei der bisher üblichen Art der Ausgabe von Stimm Scheinen haben sich Unzuträglichkeiten ergeben, die hauptsächlich in einem übermäßigen Andrang der Antragsteller, in sehr langem Warten des Publikums und in einer nicht genügenden Kontrolle der ausgestellten Stimm Scheine bestanden.

Zur Abstellung aller dieser Unzuträglichkeiten wird daher bei der bevorstehenden Reichstagswahl in Breslau die Ausgabe von Stimm Scheinen an die Stellung eines schriftlichen Antrages geknüpft. Zu diesem Zwecke sind Antragsvordrucke hergestellt worden, die im Wahlamt kostenlos abgegeben, auch schriftlich angefordert werden können. Der Wähler kann den Vordruck zu Hause ausfüllen und dem Wahlamt einsenden oder auch die notwendigen Eintragungen in den Antragsvordruck in einem hierzu bestimmten Raum des Wahlamts selbst vornehmen und den Vordruck gleich abgeben. Falls der Antragsteller bei größerem Andrang nicht am nächsten Tage die Abholung persönlich besorgen will oder bei geringem Andrang auf die immerhin einige Zeit beanspruchende Erledigung seines Antrages warten will, erfolgt die Zustellung des Stimm Scheines nach Ausfertigung ebenfalls kostenlos an die auf dem Antragsvordruck angegebene Anschrift durch die Post.

Die Ausstellung eines Stimm Scheines kann, wie hier besonders betont werden soll, aber nur dann erfolgen, wenn einer der im § 12 des RWG genannten Gründe vorliegt, die im einzelnen in den Wahlbekanntmachungen des Magistrats an den Anschlagstulen veröffentlicht werden.

An alle Herren!



Heute, Freitag
nachm. 3 Uhr

eröffnen wir
Breslau's
neuestes
Spezialgeschäft!

Wir werden
Herren- und
Knabenkleidung

zu niedrigsten Preisen
führen, sozusagen aus erster Hand, denn wir fabrizieren jedes Stück selbst, und viele prominente Firmen in ganz Deutschland beziehen ihre Waren von uns. Sie sollen sich jedoch ihr Urteil selbst bilden.

Besichtigen Sie also unsere
Schaufenster! Sie werden
Ihnen sagen, daß wir hinsichtlich Auswahl, Qualität und Preiswürdigkeit in der
vordersten Reihe stehen!

BRINNITZER
BRESLAU-REUSCHESTR. 16-17
2 Minuten vom Ring

Mitglied der
KUNDE-
KREDIT-
G. M. B. H.

Erkennst Du den Betrug noch immer nicht?

Oeffentliche Versammlung der Sozialistischen Arbeiterpartei - Breslau.

Im großen Saale des Schießwärders, am Mittwoch, den 26. Oktober, 19 Uhr
Es spricht:

Walter Fabian, Dresden • Ernst Eckstein, Breslau

Unkostenbeitrag: Nichtmitglieder 20 Pfg., Erwerbslose Nichtmitglieder 10 Pfg.
Mitglieder . . . 10 Pfg., Erwerbslose Mitglieder. . . 5 Pfg.

19-20 Uhr, Konzert der Schalmeykapelle

Ein neuer SPD-Schwindel

In der Nummer 246 der Volkswacht vom 19. d. M. wird über eine von der SPD einberufene Erwerbslosenversammlung berichtet, in welcher der Abgeordnete Nötting gesprochen hat. In der Ansprache hat auch der Fraktionsvorsitzende der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktion Karl Pietsch das Wort ergriffen und sich mit einem von der KPD an die Erwerbslosen von Breslau gerichteten Flugblatt beschäftigt, in dem u. a. gesagt wird: „Der letzte Antrag der KPD im Stadtparlament zur Bewilligung von Mitteln für Kohle, Lebensmittel und Winterhilfe für die Erwerbslosen wurde in einer Sitzung von der SPD bis zu den Nazis abgelehnt.“ Karl Pietsch hat bei der Kritik dieses Flugblattes und des darin enthaltenen kommunistischen Antrages ausgeführt: „Der bombastische Antrag der KPD im Stadtparlament wird am besten durch die Bemerkungen des SAP-Stadtvordnenen Fritz Pietsch charakterisiert, der auch für seine Partei eine Unterstützung der kommunistischen Forderungen mit der Begründung ablehnte, daß die SAP schließlich nicht jede Dummheit der Kommunisten mitmachen könne.“

Zur Steuer der Wahrheit muß gegenüber dieser Behauptung folgendes festgestellt werden: Die von Karl Pietsch aufgestellte Behauptung ist un wahr. Wahr ist, daß der Genosse Fritz Pietsch zu dem kommunistischen Antrage über die Gewährung einer Winterhilfe überhaupt nicht gesprochen hat; er hatte das gar nicht nötig, weil die Fraktion der SAP in dieser Sache einen eigenen Antrag eingebracht hatte, der auch angenommen worden ist.

Dagegen hat der Genosse Fritz Pietsch zu einem andern kommunistischen Antrage Stellung genommen, zu dessen Einbringung die KPD die Unterstützung der SAP-Fraktion erbat. Dieser Antrag hatte aber mit Winter-

Nicht vergessen!
Die Wahllisten sind einzusehen!
Sie sind neu angefertigt worden und teilweise sehr unvollkommen.

hilfsmaßnahmen der Stadt Breslau nichts zu tun, sondern in ihm wurde die Stadtverordneten-Versammlung aufgefordert, zu beschließen, daß der Magistrat die Papen'schen Notverordnungen in Breslau nicht durchführen dürfe. Zu diesem Antrage hat der Genosse Fritz Pietsch erklärt, die SAP bekämpfe zwar die Papen'schen Notverordnungen mindestens mit derselben Entschiedenheit wie die KPD; aber sie müsse dem kommunistischen Antrage ihre Unterstützung versagen, weil der Magistrat die Durchführung der Papen'schen Notverordnung gar nicht verhindern könne, selbst dann nicht, wenn er das wolle. Der kommunistische Antrag richtete sich an eine ganz laische Stelle und deshalb sei er unsinnig, zwecklos und ohne jede praktische Wirkung.

Diese Tatsachen sind auch Herrn Karl Pietsch bekannt. Wenn er sie in Kreisen, die die Vorgänge nicht kennen, aus bestimmten Motiven wider besseres Wissen verdreht, so ist das kennzeichnend für seine ganze Kampfweise und die für die Wahrheitsliebe der ganzen sozialdemokratischen Fraktion, die ihn zu ihrem Führer gewählt hat.

10000 Mark Unterschlagungen bei einer Innungskrankenkasse

Breslau, 19. Oktober.
Von dem Vorstand der Innungskrankenkasse der Friseur- und Perückenmacher-Zwangsinnung zu Breslau wird mitgeteilt:

Nachdem im Jahre 1929 bei der Innungskrankenkasse der Friseur- und Perückenmacher-Zwangsinnung zu Breslau Unterschlagungen vorgekommen waren, welche wesentliche Reformen der Verwaltung der Kasse bedingten, ist eine Umstellung der Kassenführung erfolgt, die eine absolute Uebersicht der Kassenverwaltung sicherstellen sollte. Bei einer Revision sämtlicher verwaltungsmäßigen Vorgänge innerhalb der Kasse hat sich nunmehr herausgestellt, daß durch Unregelmäßigkeiten des Geschäftsführers der Kasse ein Fehlbetrag von zirka 10000 Mark vorhanden ist. Der Fehlbetrag, der etwa innerhalb Jahresfrist entstanden ist, war bisher dadurch zu verdecken möglich, daß neben den ordnungsmäßigen Büchern ein zweites Einnahmebuch geführt und jeweils den Revisionsinstanzen vorgelegt wurde. Die Höhe des Fehlbetrages ist summenmäßig genau festgestellt und sämtliche erforderlichen Schritte sind eingeleitet worden, um eine Deckung für die veruntreuten Beträge durch den Geschäftsführer M. sicherzustellen. Nebenher ist Strafanzeige erstattet worden.

Die letzte Quartalsversammlung der Friseur- und Perückenmacher-Zwangsinnung zu Breslau beschäftigte sich eingehend mit den Unterschlagungen und stimmte einmütig den vom Vorstand der Innungskrankenkasse ergriffenen Maßnahmen zur Klarstellung der Dinge zu. Der Kasse wurde ein Ueberbrückungskredit zur Verfügung gestellt, der zur Abdeckung der vorliegenden Verbindlichkeiten der Kasse dienen soll.

Der Ausschuss der Innungskrankenkasse billigte gleichfalls einstimmig die eingeschlagenen Sanierungsmaßnahmen, so daß eine ordnungsmäßige Weiterführung der Geschäfte der Innungskrankenkasse sichergestellt ist. Eine sofortige Umstellung der Kassenverwaltung ist erfolgt und insbesondere die sofortige Amtsenthebung des bisherigen Rendanten M. angeordnet worden.

Kandidaten-Liste der SAP zur Reichstagswahl am 6. Nov. 32

Wahlkreis Breslau

1. Ledebour, Georg, Schriftsteller, Berlin
2. Seydewitz, Max, Buchdrucker, Berlin
3. Eckstein, Ernst, Rechtsanwalt, Breslau
4. Kaiser, Metallarbeiter, Brieg
5. Schwarz, Gerhard, Monteur, Breslau
6. Pelke, Emma, Weißnäherin, Breslau

Wahlkreis Liegnitz

1. Ledebour, Georg, Schriftsteller, Berlin
2. Gollk, Paul, Porzellandreher, Bunzlau
3. Zelt, Fritz, Metallarbeiter, Liegnitz
4. Bauer, Georg, Steinmetz, Mengelsdorf a. B.

Wahlkreis Oppeln

1. Ledebour, Georg, Schriftsteller, Berlin
2. Okonsky, Karl, Redakteur, Ratiborhammer
3. Skubatz, Karl, Heuer, Beuthen

Wie es einem Proleten ergehen kann

Ein Schlosser, zur Zeit Fürsorgearbeiter, mit Namen K. M., aus der Lewaldstraße kaufte sich vor einigen Tagen in einem Zigarrengeschäft in der Friedrichstraße ein Päckchen Tabak, das er mit einem Dreimarkstück bezahlte. Er erhielt 2,50 Mark in Münze zurück und trollte sich zufrieden seines Weges.

Da er noch einige Kleinigkeiten zu besorgen hatte, ging er in die „Ehapa“ in der Ohlauer Straße, kaufte sich dort etwas und gab das Zweimarkstück, das er im Zigarrengeschäft herausbekommen hatte, in Zahlung. Die Kassiererin stellte fest, daß das Stück gefälscht war.

Obgleich M. seine Unschuld beteuerte, obgleich er sein kleines Töchterchen, das müde geworden war, auf dem Arm hatte, wurde er kurzerhand der Polizei übergeben. (Den Kommerzienrat X und den Dr. Y. hätte man sicher nicht auf einen solchen Verdacht hin dem Arm der Gerechtigkeit überliefert.) Die Polizei nahm ihn fest und nun beginnt die übliche Geschichte, wie sie Tausenden von Proleten täglich wegen irgend einer Lappalie

SAP-Metallarbeiter!

Ueber „unsere Aufgaben im politischen Kampf der Gegenwart“ spricht Genosse Eckstein am Freitag, d. 21. Okt., 19.30 Uhr, bei Hoffmann, Pöpelwitzstr.

Verbands- u. Partebuch als Ausweis mitbringen. Jeder Metallarbeiter muß unbedingt erscheinen.

passiert und passieren kann. Erst auf die Wache, dann im bekannten Wagen ins Präsidium. In der Wohnung gründliche Haus-suchung, natürlich ohne Erfolg. Und das alles nur, weil es in einem Polizeibüro ein Kämmerchen gibt, in dem in einem Fache gemeinsam der Begriff „Prolet“ und der Begriff „Verbrecher“ gelagert sind.

Schließlich mußte die Polizei M. auf freien Fuß setzen. M. hat aber den Schaden davon. Er, der sich durch Fürsorgearbeit kümmerlich ernährt, der sich mit seiner wahrlich nicht kleinen Familie durch dieses Elendsdasein schlägt, der 15,70 Mark in der Woche erhält, verlor durch diesen Vorfall ganze 2,00 Mark (da Falschstücke ohne Ersatz eingezogen werden).

Das Tollste aber, die Spazierfahrt, die er zwangsweise von der Wache zum Polizeipräsidium machen mußte, ward er gezwungen aus seiner eigenen Tasche zu bezahlen.

So kann es nur einem Proleten gehen. Wann macht Ihr ein Ende mit diesem Spuk?

Rote Jugend voran!

Der SJV stößt vor!

Anläßlich des einjährigen Bestehens des Sozialistischen Jugendverbandes hatte die Breslauer Ortsgruppe des SJV für den vergangenen Sonntag einen „Roten Oktober-Appell“ angesetzt, der in den einzelnen Stadtteilen abgehalten werden sollte. Es galt, Rückblick zu halten über ein Jahr SJV, ein Jahr Kampf, es galt, die Reihen des SJV zu stärken und die Basis für den Kampf der arbeitenden Jugend zu erweitern!

Unter diesem Gesichtspunkt wurden die Appelle zu Werbenenden für unsere Idee, für unseren Kampf! Der Erfolg überstieg alle Erwartungen. Die Beteiligung war hervorragend. Im Stadtteil West reichte der Raum des Jugendheimes kaum aus, um all die zu fassen, die erschienen waren; ähnlich ging es in den anderen Heimen! Die Ausgestaltung der Abende war einfach, aber wirkungsvoll. In allen Heimen wurden Lichtbilder gezeigt, man hörte Rezitationen, revolutionäre Lieder usw.

Der „1. Rote Oktober-Appell“ des SJV gab vielen neuen Mut und neue Kraft. Man kam zur Ueberzeugung, der SJV wird auch in diesem Wahlkampf nicht müßig sein, der

SJV wird auch im 5. Wahlkampf dieses Jahres seinen Mann stehen!

Für unsere Parteigenossen in der SAP aber heißt die Parole: „Ich schicke mein Kind in den SJV!“

Ihr Älteren erkennt, daß eine organisierte Jugend ebenso notwendig ist wie eine organisierte, wie erwachsene Arbeiterschaft!

Jedes SJV-Mitglied an seinen Platz und dann in diesem Sinne vorwärts zur proletarischen Revolution, vorwärts zum Sozialismus! W. Kr.

Uebergabe lebenswichtiger Bauten der Wasserwerke

Breslau, 19. Oktober.

In Anwesenheit einer größeren Anzahl geladener Gäste fand am Mittwoch die Uebergabe von neu fertiggestellten, lebenswichtigen Bauten des Wasserwerkes (Schnellfilteranlage, elektrisches Reinwasserpumpwerk, Zwischenpumpwerk Weidendamm, Wasserwerk Df. d. Lissa und Zwischenpumpwerk Radwanitz) statt. In einer längeren Ansprache verbreitete sich der Direktor der städtischen Wasserwerke, Diplomingenieur Kirschner, über die technische Seite der neuen zweiten Schnellfilteranlage und der anderen Bauten der städtischen Wasserwerke. Nach einem weiteren Vortrag des Vorsitzenden der

städtischen Betriebsdeputation, Stadtbaurat Zillmer, machte nach erfolgter Uebergabe Oberbürgermeister Dr. Wagner darauf aufmerksam, daß es trotz dieser neuen Anlagen noch nicht möglich sei, ein so reines Wasser zu liefern, wie es in den Städten Wien und München durch Verwendung von Wasser aus den Alpenflüssen geschehe. Die Natur habe Breslau eben in dieser Beziehung nicht besonders gesegnet.

Auf die technischen Einzelheiten werden wir noch in einem längeren Artikel eingehen.

Gewerkschaftlicher Schulungskurs

(Sonderbericht der SAZ)

Zu unserem Wochenend-Schulungskursus unter Leitung des Gen. August Enderle (Breslau) hatten sich fast 30 Genossen und einige Genossinnen eingefunden. Vorwiegend waren Genossen aus dem Holzarbeiter-, Metallarbeiter- und Buchdruckerverband vertreten. Das Durchschnittsalter der Teilnehmer bewegte sich zwischen 26 bis 30 Jahren. Aus Raumgründen ist es nicht möglich, all die berührten Fragen und Einzelheiten der Aussprache wiederzugeben. Für die praktische Gewerkschaftsarbeit und die innere Festigung jedes einzelnen Genossen hat der Kursus viel vermittelt und beigetragen.

UND WIR FILM

Proleton-Vorschau

Eine ganz besondere Ueberraschung bringt diese Woche das Proleton-Programm. René Clairs letztes großes Werk „Es lebe die Freiheit“, eine Bilder-Parodie auf den modernen Kapitalismus, ist nun im Arbeiter-Kino zu sehen. Es war noch nie leicht, gesellschaftliche Probleme bildlich darzustellen. Im Film „Es lebe die Freiheit“ sind jedoch Gegenüberstellungen gefunden worden, die ausgezeichnet erklären und parodistisch zum Lachen herausfordern. Der Film beginnt mit

einer Zuchtanstalt, Sträflinge arbeiten in Zwangsarbeit, die Aufseher bewachen jede Bewegung. Diese Bilder wechseln mit Szenen aus einem modernen Fabrikbetrieb.

Und nun findet der Zuschauer des Films, daß die Zwangsarbeit im Zuchtstern sich vollständig gleich der Arbeit im modernen Fabrikbetrieb. Hier wie dort Aufpasser, hier wie dort Ausschaltung jeder persönlichen Regung. Der Mensch ist eine Nummer geworden. Von Freiheit keine Spur, denn draußen vor dem Fabrikort prügeln sich Hunderte von Arbeitslosen, die gern diese Arbeiten verrichten wollen, weil sie leben müssen.

Ein ausgebrochener Sträfling, der rücksichtslos seinen Freund, der ihm beim Ausbruch geholfen hat, sitzen läßt, wird Fabrikdirektor. Durch die Macht des Geldes wird er ein angesehenen Bürger, wird als Uebermensch gefeiert. Und die Parodie findet ihren Höhepunkt, als eine neue Fabrik eröffnet werden soll, wo keine menschliche Arbeitskraft mehr benötigt wird. Die früheren Arbeiter können nun angeln gehen, können alle ihr Leben nach ihren Wünschen gemäß einteilen. Doch nicht zum Wohlstand aller führt dieser ungeheure Schritt der Wirtschaft, sondern zur Verelendung. Auf der Landstraße, so wie es heute in der Welt ist, endet der Arbeiter. Und dies ist der bitterste Ausklang dieser ausgezeichneten Bildparodie und vielleicht eine stille Aufforderung, diese Widersinnigkeiten bald zu ändern.

Es dürfte in Breslau keinen Arbeiter geben, der sich nicht diesen Film ansieht, denn dieser Film „Es lebe die Freiheit“ ist für und von der Arbeiterschaft. Zu diesem Film läuft noch ein zweiter Tonfilm, einer der besten Publikumerfolge des Jahres 1932: „Die Franke.“ Ein Kriminalstoff voller Spannung, Tempo, Abenteuerlichkeit, von Liebe und Humor. Auch dieser Film wird im Arbeiter-Kino großen Beifall finden.

Die Eintrittspreise sind im Proleton sehr niedrig. Erwerbslose zahlen zur ersten Vorstellung nur 30 Pfg. Wenn man bedenkt, daß eine Straßenbahn-Fahrt immer noch 20 Pfg. kostet, so muß man die Leistung des Arbeiter-Kinos in dieser Zeit besonders anerkennen. Wer sich also etwas Unterhaltung noch leisten kann, der gehe ins Proleton.

ORGANISATIONS-NACHRICHTEN

SAP
Bezirk Mittelschlesien: Sekretariat: Breslau Kleine Holzstraße 3 Telefon 56768.

Betriebsvertrauensleute und Betriebsräte der SAP sofort im Büro Sammelstellen für den Wahlfond abholen.

Distrikt 49: Freitag, den 21. 10., Distriktsversammlung bei Pajonk Rotkretscham. Redn. Gen. Aug. Klose.

Distrikt 48: Sonnabend, den 22. 10., bei Krause, Carlwitzer Str. Redn. Gen. Seewald.

Distrikt 52: Sonnabend, den 22. 10., bei Kutsche, Trachenberger Str. Redn. Rausch.

Achtung!
Die Sitzung findet Sonnabend, den 22. Oktober, abends 20 Uhr, bei Trochalla, Gellhornstraße 21! statt.

Achtung!! Donnerstag, den 27. Oktober d. l., um 20 Uhr, findet eine sehr wichtige Stadteilversammlung der Distrikte 19/34 im Lokal „Stadt Leipzig“, Ursulinerstr., statt. Ref. Gen. Kirstein u. W. Freuß. Zahlreiches Erscheinen der Genossen ist erforderlich. Mit Freundschaft! Die Stadteilleitung (Innere Stadt).

Sozialistische Schülerfraktion: Freitag, den 21. 10., findet um 17 Uhr eine wichtige Sitzung im Parteibüro statt. Jede Schule muß vertreten sein.

SJV
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch u. Freitag von 10—12 Uhr u. Donnerstag von 18—20 Uhr

Wir fordern Euch auf, die Versammlung der Aktionsgemeinschaft am Montag, 24. Oktober, 20 Uhr, in der Monatlichen Gemeinde zu besuchen. Karten müssen unbedingt bei den Funktionären abgenommen werden. Sorgt für guten Verkauf. Die Leitung des SJV.

Monatliche Jugend:
Achtung, heut 19.30 Uhr, sind die Jugendgenossen von beiden Heimen (Zentral) im Heim 2, Friedrich-Wilhelm-Straße. Kurzreferat mit Aussprache über: „Was uns der 6. November sicher nicht bringen wird.“ Gäste willkommen. Volksbühnenpreis mitbringen und Karten für beide Vorstellungen abholen. Alle Funktionäre unbedingt erscheinen, da Sonntag Hauswerbung.

STADTHEATER
Donnerstag, 20. — gegen 22.30
Abonnements-Vorstellung: D 4
Mister Wu
Freitag, 19.30—21

Der Teufelsreiter
Sonnabend, 20.—gegen 22
In vollständig. Neuausstellung
Elektra

LOBETHEATER
täglich 20.15—22.55
Sigmund
Sonnabend, 20.15 (u. täglich)

Die endlose Straße
Sonntag, 15.30—17.35
Spiel im Schloß
täglich 20.15—22.15
Meine Schwester und ich
Sonntag, 15.30—17.15
Die versunkene Glocke

Berlin
Rose-Theater
Große Frankfurter Str. 132
Telefon: E 7 Weichse: 3422

Freitag, 21. Oktober
8.15 Uhr
Der Hauptmann von Köpenick

Eben erschienen;
Fritz Sternberg

Der Niedergang des deutschen Kapitalismus und die Aufgaben der Arbeiterklasse
Vorzugspreis 4.50 statt 7.50